

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1999

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

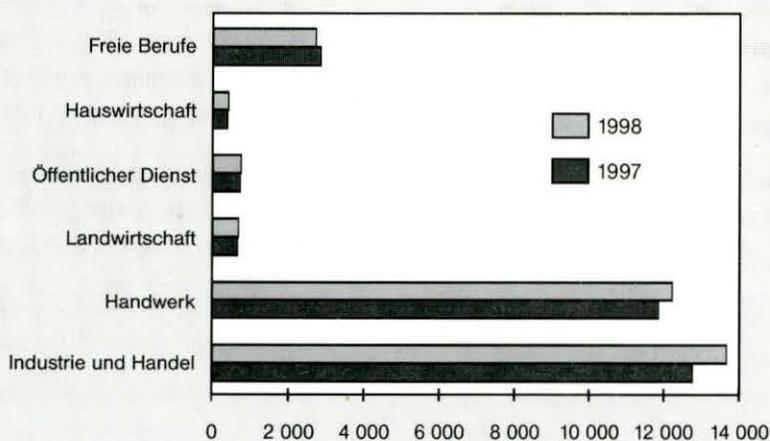
September

Oktober

November

Dezember

Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag
1997 und 1998 nach Ausbildungsbereichen



Inhalt

**Europawahl 1999
– Ergebnisse der repräsentativen
Wahlstatistik –**

159 Bei der Europawahl am 13. Juni 1999 wurde wie bei früheren Europawahlen eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt, die Auskunft über Wahlbeteiligung und Stimmverhalten der Männer und Frauen nach dem Alter gibt. Es werden die aktuellen Ergebnisse und die Veränderungen gegenüber der vorhergegangenen Wahl dargestellt.

Auszubildende 1998

169 Die Lage am Ausbildungsmarkt ist angespannt. Ziel der Berufsbildungsstatistik ist es, Zahlen für planerische Zwecke in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen.

Kurzbeiträge

179 Neukonzeption der Produktionserhebungen
180 Bevölkerungsprognose 1997 bis 2012

Anhang

57* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
63* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Ältere Mitbürger gingen häufiger zur Wahl

Bei der am 13. Juni 1999 durchgeführten fünften Direktwahl zum Europäischen Parlament erfolgte, wie auch bei früheren Europawahlen und zuletzt bei der Bundestagswahl 1990, eine repräsentative Untersuchung über Wahlbeteiligung und Stimmverhalten. Dazu wurden zufällig 84 Wahlbezirke ausgewählt, in denen anhand der Wählerverzeichnisse die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht und jeweils zehn Altersgruppen ermittelt wurde. In 210 Wahlbezirken wurden zusätzlich die auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen, getrennt nach Geschlecht und jeweils fünf Altersgruppen, festgestellt, indem Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdrucken ausgegeben wurden. Rechtsgrundlage dieser Erhebung ist das „Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG)“ vom 31. Mai 1999, BGBl. I S. 1023.

Das Interesse an der Europawahl war bei den jüngeren Bürgern deutlich geringer als bei den älteren. So beteiligten sich von den unter 35-jährigen Wahlberechtigten weniger als die Hälfte an der Wahl. Das geringste Interesse zeigten dabei die 21- bis 25-Jährigen, bei denen nur 43 % der männlichen und knapp 41 % der weiblichen Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Bei älteren Bürgern war die Wahlbeteiligung höher. Den höchsten Anteil an Wählern gab es unter den Bürgerinnen und Bürgern im Alter zwischen 60 und 70 Jahren. In dieser Altersgruppe nahmen 72 % der Frauen und fast 77 % der Männer an der Abstimmung teil. Bei den über 70-jährigen Frauen ging die Wahlbeteiligung deutlich auf unter 61 % zurück, während sie bei den Männern dieser Altersgruppe mit mehr als 71 % auf einem relativ hohen Stand blieb.

Die CDU verbuchte vor allem bei jüngeren Wählern deutliche Stimmengewinne und kam bei den unter 25-jährigen Männern auf einen Stimmenanteil von über 52 %, fast 19 Prozentpunkte mehr als 1994. Auch bei den Wählerinnen dieses Alters legten die Christdemokraten um über 15 Prozentpunkte zu. Gleichzeitig verloren SPD und GRÜNE bei den Jungwählerinnen und Jungwählern wesentliche Stimmenanteile. Besonders stark war der Rückgang der SPD-Stimmen mit einem Minus von über 7 Prozentpunkten bei den unter 25-jährigen Männern, während die GRÜNEN bei den gleichaltrigen Frauen ihre höchsten Verluste (- 11 Prozentpunkte) hinnehmen mussten. Die Christdemokraten konnten bei der jetzigen Wahl auch in allen anderen Altersgruppen sowohl bei Männern als auch bei Frauen ihre Stimmenanteile gegenüber der vorhergegangenen Europawahl verbessern, Sozialdemokraten und GRÜNE

erzielten dagegen in allen untersuchten Wählerschichten niedrigere Anteilswerte als vor fünf Jahren. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 159.

Auszubildende konzentrieren sich auf nur wenige Berufe

Ende 1998 wurden in rheinland-pfälzischen Betrieben 78 358 Jugendliche ausgebildet. Das waren 3 971 Auszubildende oder 5,3 % mehr als vor Jahresfrist. In den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk wurden 83 % aller Auszubildenden registriert. Hiervon entfielen 34 024 Verträge (43 %) auf Industrie und Handel sowie 31 220 (40 %) auf das Handwerk. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel um 2 648 (+ 8,4 %) und im Handwerk um 759 (+ 2,5 %).

Von den Ende 1998 in einer betrieblichen Berufsausbildung stehenden Jugendlichen waren 48 124 männlichen und 30 234 weiblichen Geschlechts. Bei den Frauen betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 6,4 % (1 830), bei den Männern waren es 4,7 % (2 141). Innerhalb der Ausbildungsbereiche ist das Berufswahlverhalten geschlechtsspezifisch sehr unterschiedlich. Die Ausbildungsbereiche Freie Berufe und Hauswirtschaft sind traditionell eine Domäne der Frauen. Im Handwerk, der Landwirtschaft und in Industrie und Handel überwiegen die Männer.

In der Palette möglicher Ausbildungsberufe konzentrierten sich die Jugendlichen auf eine sehr begrenzte Anzahl der rund 360 anerkannten Ausbildungsberufe. Bei den Frauen entfielen 59 % aller Auszubildenden auf die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe, bei den Männern waren es 45 %. Die Liste der am häufigsten gewählten Berufe führten bei den weiblichen Jugendlichen die Ausbildungen zur Bürokauffrau, Arzthelferin und Zahnarzthelferin an, bei den männlichen Jugendlichen waren es Kraftfahrzeugmechaniker, Industriemechaniker und Elektroinstallateur. Der Einstieg von Frauen in einen so genannten „Männerberuf“ erfolgt immer noch zögerlich. Der höchste weibliche Anteil wurde im Bäckerhandwerk mit 19,3 % registriert.

Insgesamt 4 102 Auszubildende (5,2 %) hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Hiervon erlernten über 54 % einen handwerklichen Beruf, knapp 35 % wurden im Bereich Industrie und Handel ausgebildet.

Im Jahr 1998 wurden 30 411 Auszubildende neu abgeschlossen, 4,1 % oder 1 204 mehr als im Vorjahr. 34 % der beruflichen „Newcomer“ hatten einen

kurz + aktuell

Hauptschulabschluss und 28 % einen Realschulabschluss vorzuweisen. 12 % der Berufsanfänger besaßen die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Vorzeitig, das heißt vor Ablegen der Abschlussprüfung, wurden insgesamt 6 509 Verträge aufgelöst. Das waren 704 Vertragslösungen oder 12 % mehr als im Vorjahr. Hiervon entfielen mit 54 % die meisten auf das Handwerk.

An beruflichen Abschlussprüfungen nahmen 24 237 Auszubildende teil. 84 % oder 20 337 Auszubildende bestanden diese mit Erfolg. Hier waren die weiblichen Jugendlichen mit 87 % deutlich erfolgreicher als ihre Kollegen, von denen nur 82 % ihr angestrebtes Ziel erreichten. we

Mehr über dieses Thema auf Seite 169.

3 % weniger Wohngeldempfänger

Ende 1998 erhielten in Rheinland-Pfalz 94 400 Haushalte Leistungen nach dem Wohngeldgesetz, um sich so ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu sichern. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Zahl der Haushalte um 2 600 oder knapp 3 %. Dieser Rückgang ist auf die seit 1990 unveränderte Rechtsgrundlage im Wohngeldbereich zurückzuführen; es hat seit dieser Zeit keine Anpassung an die Lebenshaltungskosten gegeben.

Das Tabellenwohngeld wurde an 47 700 Haushalte als Miet- und an 5 900 Haushalte als Lastenzuschuss gezahlt. Die restlichen 40 800 Haushalte erhielten als Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge pauschaliertes Wohngeld. Fast 40 % der Bezieher von Wohngeld lebten in einem Einpersonen-Haushalt.

Rund 266 Mill. DM wurden im Jahr 1998 von den rheinland-pfälzischen Wohngeldbewilligungsstellen aufgewendet. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch pro Haushalt betrug 215 DM (1997: 217 DM). ki

Sommergerste wieder führende Getreideart

Von den rheinland-pfälzischen Landwirten müssen bei der gerade begonnenen Getreideernte rund 85 300 ha Sommergerste gedroschen werden. Sommergerste hat damit den Winterweizen (77 200 ha), die in den letzten Jahren führende Getreideart, vom ersten Platz verdrängt. Wegen des regenreichen Herbstes 1998 konnten viele Landwirte den geplanten Anbau von Wintergetreide nicht vollständig realisieren. Sie mussten vermehrt auf Sommerungen, neben Sommergerste auch Sommerweizen, ausweichen. Deutlich geringere Anbauflächen wurden auch für Triticale (12 500 ha) und Roggen (11 900 ha) ermittelt. Die erhöhte Verpflichtung zur Stilllegung von Ackerflächen hat darüber

hinaus zu einem Rückgang des Getreideanbaus insgesamt (- 5,7 %) auf rund 249 000 ha geführt.

Der Anbau von Ölfrüchten wurde dagegen um knapp 13 % ausgeweitet. Die wichtigste Ölfrucht ist mit 28 700 ha nach wie vor Winterraps. Im Wesentlichen unverändert blieb der Anbau von Kartoffeln (9 900 ha). br

Informationen aus der amtlichen Statistik auf CD-ROM: STATISTIK REGIONAL

„Statistik regional“ ist eine Datenbank auf CD-ROM. Mit dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder können wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für Kreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und das Bundesgebiet recherchiert und zu Tabellen zusammengestellt werden. Die recherchierten Ergebnisse lassen sich im „.TXT“- oder „.XLS“-Format abspeichern und weiter verarbeiten.

Die CD-ROM enthält die Datenbank und die zum Betrieb erforderliche Software sowie eine Übersichtskarte zur administrativen Gliederung Deutschlands als PDF-Datei.

Auszüge aus dem Inhalt von „Statistik regional“ finden sich im gemeinsamen Internetangebot der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Hierzu führt ein entsprechender Link im Internetangebot des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter www.statistik-rp.de. Auf die betreffende Seite gelangt man direkt mit „www.brandenburg.de/statreg“.

Eine DEMO-Version der CD-ROM mit vollem Funktionsumfang, aber beschränktem Datenbestand ist zum Preis von 10 DM zuzüglich Versandkosten erhältlich.

„Statistik regional“ benötigt als Systemvoraussetzungen: Betriebssystem Windows 95 oder NT 4.0, 16 MB RAM, 5 MB freier Speicherplatz auf der Festplatte, CD-ROM-Laufwerk (8fach empfohlen), Grafikauflösung 640x480 (800x600 empfohlen).

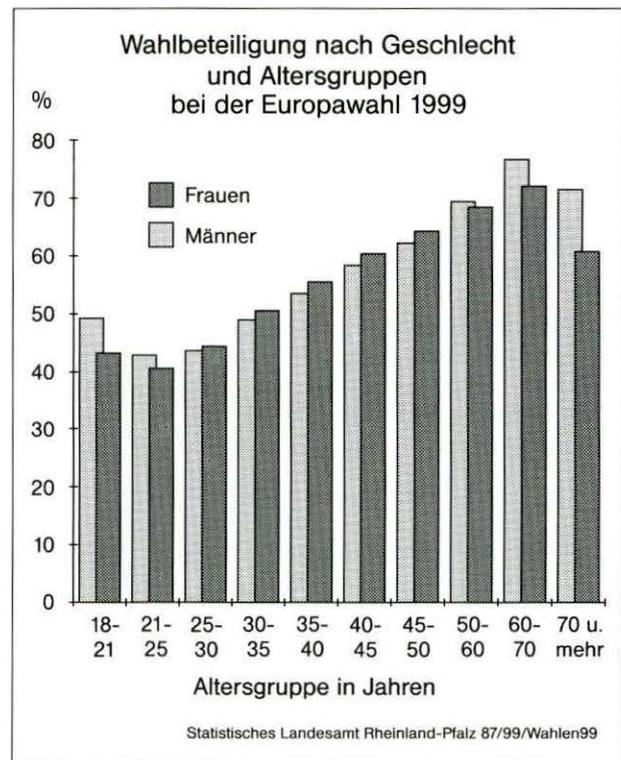
Preis der vollständigen Einzelplatzversion: 290 DM zuzüglich Versandkosten (Der CD-ROM liegt ein Gutschein bei, mit dem auf die nächste Ausgabe ein Preisnachlass von 50 % gewährt wird.)

Bestellungen und Anfragen richten Sie an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, E-Mail: info@statistik-rp.de oder Telefon (0 26 03) 71-2 45 (Vertrieb), Telefax (0 26 03) 71-3 15.

Europawahl 1999

– Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik –

Bei der am 13. Juni 1999 durchgeführten fünften Direktwahl zum Europäischen Parlament erfolgte, wie auch bei früheren Europawahlen und zuletzt bei der Bundestagswahl 1990, eine repräsentative Untersuchung über Wahlbeteiligung und Stimmverhalten. Dazu wurden nach einem Zufallsauswahlverfahren 84 Wahlbezirke bestimmt, in denen anhand der Wählerverzeichnisse die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht und jeweils zehn Altersgruppen zu ermitteln war. Die Auswahl umfasste rund 2 % aller Wahlberechtigten. In 210 Wahlbezirken wurden zusätzlich die auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen, getrennt nach Geschlecht und jeweils fünf Altersgruppen, festgestellt. Dazu wurden in diesen Wahlbezirken an die Wähler Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdrucken ausgegeben. Wegen der Wahrung des Wahlgeheimnisses wurden nur Wahlbezirke mit 400 und mehr Wahlberechtigten in die Auswahl einbezogen. Briefwähler fanden in der Durchführung der repräsentativen Europawahlstatistik keine Berücksichtigung. Die Ergebnisse enthalten insofern nur Angaben über die Wahllokalwähler. Der Umfang dieser Auswahl liegt bei knapp 5 % der Wähler ohne die Briefwähler. Die Auszählung der gekennzeichneten Stimmzettel erfolgte im Statistischen Landesamt, die Auszählung der Wählerverzeichnisse vor Ort. Rechtsgrundlage dieser Erhebung ist das neu erlassene „Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei



Vergleich des Landesergebnisses
mit dem Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik
bei der Europawahl 1999

Merkmal	Landesergebnis		Repräsentative Wahlstatistik
	insgesamt	ohne Briefwahl	
%			
Wahlbeteiligung	63,8	59,6	60,2
Parteistimmenanteil			
SPD	35,2	36,2	36,7
CDU	50,0	49,2	48,3
GRÜNE	5,2	5,3	5,4
PDS	0,8	0,8	0,8
F.D.P.	3,7	3,5	3,4
Sonstige	5,1	5,0	5,4
dar. REP	2,1	2,1	2,4

der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG)“ vom 31. Mai 1999, BGBl. I S. 1023.

Im Folgenden muss auf die in früheren Auswertungen übliche Darstellung von Vergleichsdaten für Bundestagswahlen verzichtet werden, da die repräsentative Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 ausgesetzt worden war.

Gute Übereinstimmung des repräsentativen Ergebnisses mit dem Gesamtergebnis

Ein Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Europawahlstatistik mit dem Gesamtergebnis des Landes ohne Briefwähler zeigt bei den kleineren Parteien eine relativ gute Übereinstimmung. Bei der SPD liegt das Re-

präsentativergebnis um 0,5 Prozentpunkte über dem Landesergebnis der Wahllokalwähler, für die CDU ist eine geringfügige Untererfassung von 0,9 Prozentpunkten in der repräsentativen Auszählung festzustellen. Der Hauptgrund dafür dürfte in der Tatsache liegen, dass die Auswahl das überdurchschnittliche Abschneiden der CDU bzw. das unterdurchschnittliche Ergebnis der Sozialdemokraten in der Briefwahl nicht berücksichtigen konnte. Diese Abweichungen liegen aber im zu erwartenden Rahmen einer solchen Stichprobenerhebung und haben keine negativen Auswirkungen auf die Aussagefähigkeit dieser amtlichen Wahluntersuchung. Eine Anpassung der repräsentativ ermittelten Daten an das Gesamtergebnis wird deshalb nicht vorgenommen.

Ergänzend muss allerdings noch darauf hingewiesen werden, dass es sich bei der jetzigen Stichprobe um eine völlige Neuauswahl der in die repräsentative Auswertung einbezogenen Wahlbezirke auf der Grundlage der Bundestagswahl von 1998 handelt. Insoweit können, wenn auch in geringem Umfang, auftretende Veränderungen zwischen den Ergebnissen der Europawahl 1999 und der auf einer alten Auswahlgrundlage basierenden Wahlstatistik von 1994 auf diesen Wechsel zurückzuführen sein. Weit störender bei den Vergleichen mit dem Gesamtergebnis ist das Fehlen der Briefwähler in der repräsentativen Wahlstatistik. Wegen der ständig gestiegenen Bedeutung dieser Form der Stimmabgabe auf jetzt fast 20 % der Gesamtwähler und wegen der Abweichung dieser Gruppe in ihrer geschlechts- und altersspezifischen Zusammensetzung von den Urnenwählern sind die derzeitigen Bemühungen zu begrüßen, nach einem Weg zu suchen, um zukünftig auch Briefwähler in die repräsentative Wahlstatistik einbeziehen zu können.

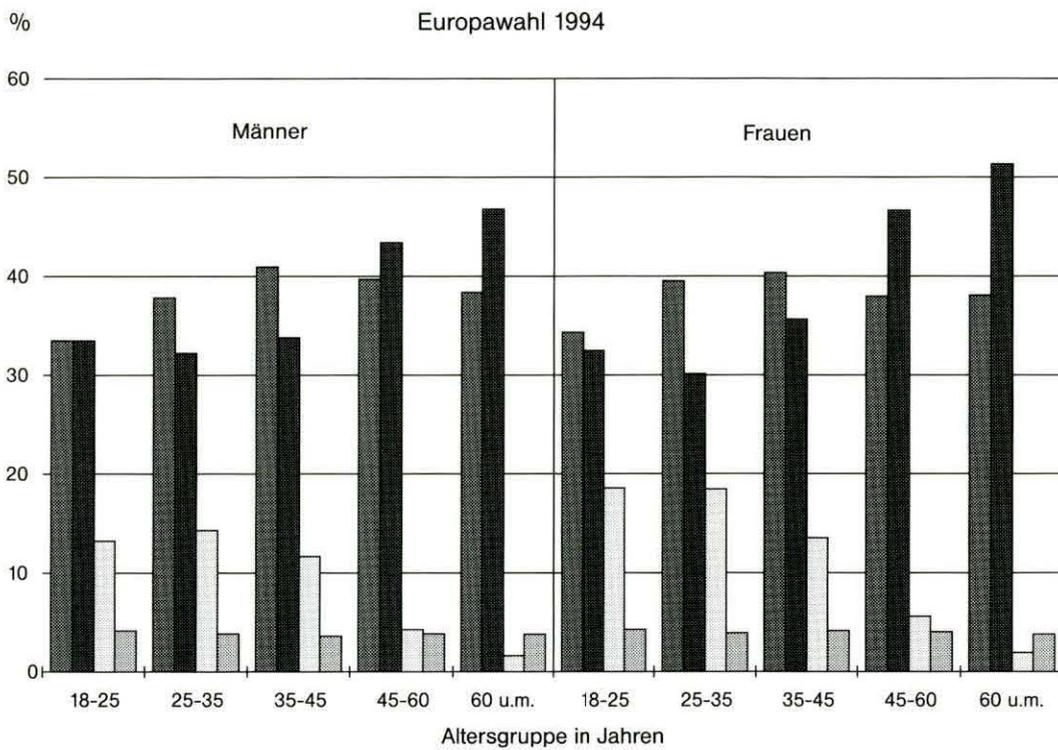
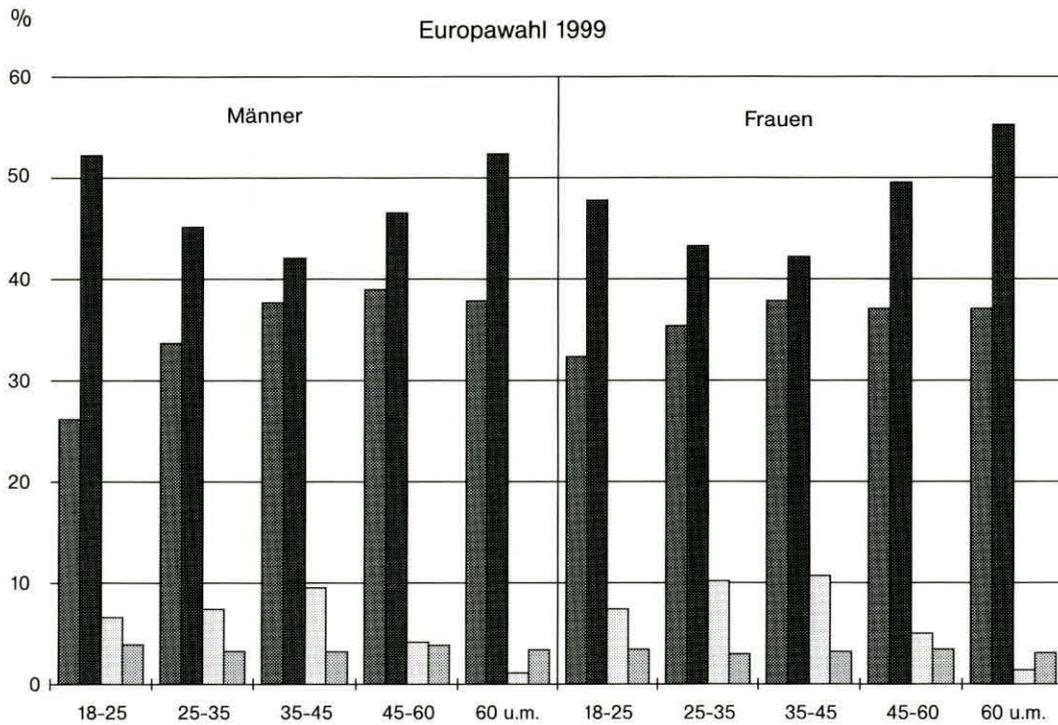
Jüngere Bürgerinnen und Bürger zeigen geringes Interesse an der Europawahl

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik lag die Wahlbeteiligung der Männer bei der Europawahl am 13. Juni 1999 mit 60,8 % etwas höher als die der Frauen (59,6 %). Bei der vorhergegangenen Europawahl im Jahre 1994 war der Abstand mit 0,2 Prozentpunkten sehr gering. Deutliche Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern zeigt eine Untergliederung nach dem Alter. Bei den 25- bis 50-Jährigen fiel die Wahlbeteiligung der Frauen höher aus als die der Männer. Bei den Jüngeren und Älteren gingen prozentual jeweils mehr Männer als Frauen an die Wahlurnen. Die mit 40,6 % geringste Wahlbeteiligung hatten 21- bis 25-jährige Frauen aufzuweisen. Auch bei den Männern nahmen in dieser Altersgruppe die wenigsten Wahlberechtigten (42,9 %) an der Abstimmung teil. Bereits vor fünf Jahren war in dieser Altersgruppe die niedrigste Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Allerdings lag sie mit 58,3 % bei den Frauen bzw. 59,7 % bei den Männern weit höher als heute. Auch bei den 18- bis 21-jährigen sowie bei den 25- bis 30-jährigen Bürgerinnen und Bürgern lag die Wahlbeteiligung unter 50 %. Mit zunehmendem Alter stieg die Beteiligungsquote bei beiden Geschlechtern an, erreichte aber erst bei den 40- bis 45-jährigen Frauen mit 60,4 % den Durchschnittswert. Die männlichen Wähler erreichten erst in der Altersgruppe der 45- bis 50-Jährigen mit 62,2 % eine Beteiligungsquote, die über der Gesamtquote lag. Die höchste Wahlbeteiligung wurde bei Männern in der Altersgruppe zwischen 60 und 70 Jahren registriert. Hier gingen über drei Viertel der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe. Auch bei den Frauen dieses Alters lag die Wahlbeteiligung mit 72 % am höchsten. Bei den über 70-Jährigen reduzierte sich

Wahlbeteiligung und Nichtwählerquote bei den Europawahlen 1999 und 1994
nach Geschlecht und Altersgruppen in %
(Repräsentative Wahlstatistik)

Altersgruppe	Wahljahr	Wahlbeteiligung			Nichtwähler		
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
18 - 21	1999	46,1	49,2	43,2	53,9	50,8	56,8
	1994	65,1	64,1	66,1	34,9	35,9	33,9
21 - 25	1999	41,7	42,9	40,6	58,3	57,1	59,4
	1994	59,0	59,7	58,3	41,0	40,3	41,7
25 - 30	1999	44,0	43,6	44,4	56,0	56,4	55,6
	1994	61,3	61,1	61,5	38,7	38,9	38,5
30 - 35	1999	49,7	48,9	50,5	50,3	51,1	49,5
	1994	64,7	62,9	66,5	35,3	37,1	33,5
35 - 40	1999	54,5	53,5	55,5	45,5	46,5	44,5
	1994	68,9	67,0	70,9	31,1	33,0	29,1
40 - 45	1999	59,4	58,4	60,4	40,6	41,6	39,6
	1994	73,6	73,1	74,2	26,4	26,9	25,8
45 - 50	1999	63,2	62,2	64,3	36,8	37,8	35,7
	1994	75,7	75,0	76,3	24,3	25,0	23,7
50 - 60	1999	68,9	69,4	68,5	31,1	30,6	31,5
	1994	79,3	79,1	79,4	20,7	20,9	20,6
60 - 70	1999	74,3	76,7	72,0	25,7	23,3	28,0
	1994	81,5	82,9	80,4	18,5	17,1	19,6
70 u. mehr	1999	64,7	71,5	60,8	35,3	28,5	39,2
	1994	70,7	76,5	67,6	29,3	23,5	32,4
Insgesamt	1999	60,2	60,8	59,6	39,8	39,2	40,4
	1994	71,8	71,9	71,7	28,2	28,1	28,3

Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen



■ SPD ■ CDU □ GRÜNE □ F.D.P.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 92/99/Wahlen99

die Teilnahmequote an der Wahllokalwahl wieder, bei Männern auf 71,5 %, bei Frauen sogar auf unter 61 %. Bereits bei der Europawahl 1994 zeigten die 60- bis 70-jährigen Bürgerinnen und Bürger mit einer Wahlbeteiligung von über 80 % das größte politische Interesse.

Der insgesamt starke Rückgang der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 im Vergleich zur Wahl 1994 wird noch deutlicher, wenn man die Veränderungsraten einander gegenüber stellt. So weisen die Frauen insgesamt einen Rückgang der Wahlbeteiligung um 12,1 Prozentpunkte auf. Dieser ist mit einem Minus von 22,9 Prozentpunkten bei den Jungwählerinnen am höchsten. Mit zunehmendem Alter wird der Abstand zur Wahlbeteiligung des Jahres 1994 zwar ständig geringer, erreicht aber erst bei den 45- bis 50-Jährigen den Durchschnittswert. Am niedrigsten fiel die Abnahme mit 6,8 Prozentpunkten bei den Frauen über 70 Jahren aus, deren Wahlbeteiligung allerdings 1994 mit 67,6 % bereits relativ niedrig lag. Bei den Männern fiel der Rückgang der aktuellen Wahlbeteiligung zu den Werten von

vor fünf Jahren bei den unter 50-Jährigen überdurchschnittlich stark aus. Die geringste Abnahme (- 5 Prozentpunkte) gegenüber 1994 zeigten Männer im Alter von über 70 Jahren, die höchste mit - 17,5 Prozentpunkten die männlichen Wahlberechtigten im Alter zwischen 25 und 30 Jahren.

Ungültige Stimmzettel häufiger bei älteren Wählern

Die Auszählung der Stimmzettel, die nach dem Geschlecht und jeweils fünf Altersgruppen erfolgte, ergab einen Anteil der ungültigen Stimmen von 2,8 %. Dabei gaben 2,9 % der Männer und 2,8 % der Frauen einen nicht als gültig zu bewertenden Stimmzettel ab. Hauptursache für die Ungültigkeit (rund 75 %) waren leere oder durchgestrichene Stimmzettel. Der Anteil der ungültigen Stimmzettel nahm mit steigendem Alter der Wähler zu. Wählten bei den 18- bis 25-jährigen Männern nur 1,2 % ungültig, so waren es bei den über 60 Jahre alten Wählern 4,6 %. Bei den Frauen stieg dieser

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den Europawahlen 1999 und 1994
nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen
(Repräsentative Wahlstatistik)

Altersgruppe	Wahljahr	Wahlbeteiligung in %	Von 100 Stimmen waren ungültig	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf						
				SPD	CDU	GRÜNE	PDS	F.D.P.	Sonstige	dar. REP
Insgesamt										
18 - 25	1999	43,5	1,2	29,1	50,1	7,0	1,5	3,7	8,6	3,7
	1994	61,0	1,7	33,9	33,0	15,8	0,9	4,2	12,3	4,7
25 - 35	1999	47,4	1,5	34,6	44,2	8,8	1,2	3,1	8,1	3,4
	1994	63,0	1,8	38,7	31,2	16,3	0,5	3,8	9,4	4,2
35 - 45	1999	56,8	2,1	37,7	42,1	10,1	0,7	3,2	6,1	2,6
	1994	71,2	2,6	40,6	34,7	12,6	0,5	3,9	7,8	3,5
45 - 60	1999	66,7	2,7	38,0	48,0	4,6	1,0	3,6	4,7	2,1
	1994	78,3	3,3	38,8	45,0	4,9	0,3	3,9	7,0	3,4
60 u. mehr	1999	69,6	4,3	37,4	53,9	1,3	0,5	3,2	3,6	1,7
	1994	76,3	4,5	38,2	49,4	1,8	0,1	3,8	6,7	3,7
Insgesamt	1999	60,2	2,8	36,7	48,3	5,4	0,8	3,4	5,4	2,4
	1994	71,8	3,1	38,6	40,8	8,5	0,4	3,9	7,9	3,8
Männer										
18 - 25	1999	45,3	1,2	26,1	52,2	6,6	1,3	3,9	9,9	5,1
	1994	61,1	1,7	33,5	33,5	13,3	1,1	4,2	14,5	6,4
25 - 35	1999	46,8	1,3	33,7	45,1	7,4	1,6	3,3	8,9	4,9
	1994	62,0	1,9	37,9	32,2	14,3	0,7	3,8	11,1	5,9
35 - 45	1999	55,8	2,1	37,6	42,1	9,5	0,9	3,2	6,7	3,7
	1994	70,0	2,6	40,9	33,8	11,7	0,6	3,6	9,4	4,9
45 - 60	1999	66,6	2,7	38,9	46,5	4,2	1,3	3,9	5,2	3,0
	1994	78,0	3,4	39,7	43,4	4,2	0,3	3,9	8,5	4,8
60 u. mehr	1999	74,5	4,6	37,8	52,4	1,1	0,7	3,4	4,6	2,6
	1994	80,3	4,7	38,4	46,8	1,6	0,2	3,7	9,3	5,9
Zusammen	1999	60,8	2,9	36,7	47,5	5,0	1,1	3,5	6,2	3,5
	1994	71,9	3,1	38,8	39,3	7,8	0,5	3,8	9,9	5,4
Frauen										
18 - 25	1999	41,7	1,1	32,3	47,8	7,4	1,8	3,5	7,2	2,1
	1994	60,8	1,6	34,3	32,4	18,5	0,6	4,3	9,8	2,9
25 - 35	1999	48,0	1,6	35,4	43,3	10,2	0,9	3,0	7,3	2,0
	1994	64,1	1,7	39,5	30,1	18,4	0,3	3,9	7,7	2,4
35 - 45	1999	57,8	2,0	37,8	42,2	10,7	0,6	3,2	5,4	1,4
	1994	72,5	2,5	40,3	35,6	13,6	0,3	4,1	6,0	2,1
45 - 60	1999	66,9	2,8	37,1	49,6	5,1	0,7	3,4	4,2	1,2
	1994	78,6	3,1	38,0	46,7	5,6	0,2	4,0	5,5	2,0
60 u. mehr	1999	65,9	4,0	37,1	55,2	1,4	0,4	3,1	2,8	1,0
	1994	73,6	4,2	38,1	51,3	1,9	0,1	3,8	4,8	2,1
Zusammen	1999	59,6	2,8	36,7	49,1	5,8	0,6	3,2	4,6	1,3
	1994	71,7	3,0	38,4	42,2	9,1	0,2	4,0	6,1	2,2

Anteil von 1,1 % bei den jüngeren auf 4 % bei den älteren Wählerinnen an. Bei der Europawahl 1994 wurde der höchste Anteil ungültiger Stimmen ebenfalls bei den älteren Frauen und Männern registriert. Die niedrigste Ungültigkeitsquote hatten auch damals die 18- bis 25-Jährigen.

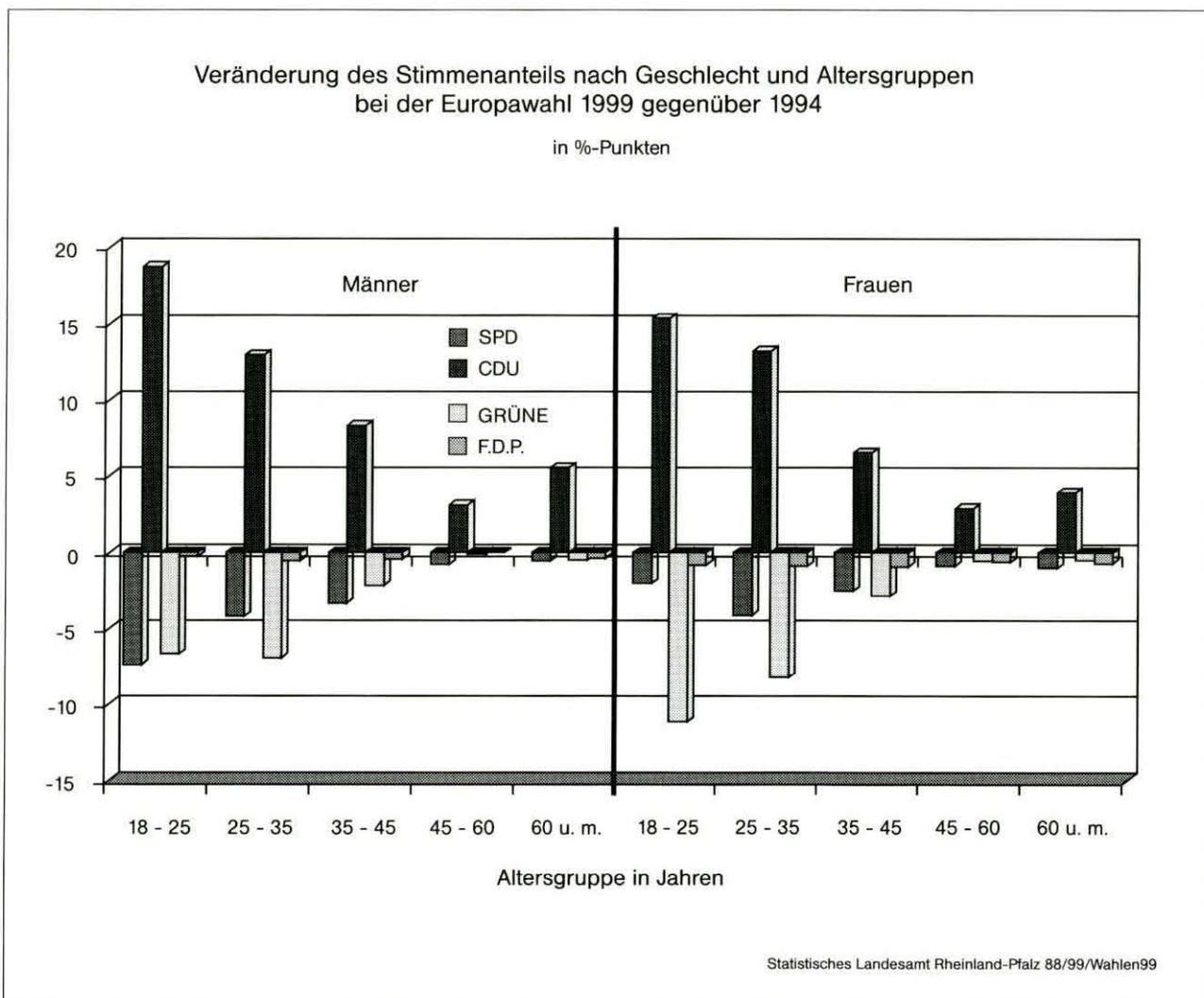
Hohe CDU-Anteile bei den Jungwählern

Die nach Parteien ausgezählten Stimmzettel der repräsentativen Wahlstatistik ergaben für die SPD 36,7 %. Dabei bevorzugten Männer und Frauen die Sozialdemokraten zu gleichen Anteilen. Für die CDU gaben 48,3 % aller in die Stichprobe einbezogenen Wähler ihre Stimme ab. Von den Männern unterstützten 47,5 %, von den Frauen 49,1 % diese Partei. Die SPD schnitt bei Männern im Alter von 45 bis 60 Jahren mit 38,9 % und bei Frauen im Alter von 35 bis 45 Jahren mit 37,8 % am besten ab. Am wenigsten Resonanz fanden die Sozialdemokraten bei den 18- bis 25-Jährigen. Von diesen wählten 26,1 % der Männer und 32,3 % der Frauen diese Partei. Die Christdemokraten verzeichneten ihr schwächstes Ergebnis bei den Männern (42,1 %) und Frauen (42,2 %) der Altersgruppe 35 bis 45 Jahre. Mit zunehmendem Alter nahmen bei beiden Geschlechtern

die Stimmenanteile für die CDU zu. Bei den über 60-Jährigen gaben 52,4 % der Männer und über 55 % der Frauen ihre Stimme der CDU. Bei den Jungwählern schnitten die Christdemokraten mit 52,2 % deutlich besser ab als bei den Jungwählerinnen, von denen 47,8 % für die CDU votierten.

Die GRÜNEN erreichten bei den Männern einen Anteil von 5 %, bei den Frauen lag dieser mit 5,8 % etwas höher. Die Partei konnte bei den 35- bis 45-Jährigen die höchsten Stimmenanteile erzielen. Hier gaben bei den Männern 9,5 %, bei den Frauen sogar 10,7 % den GRÜNEN ihre Stimme. Auch bei den 18- bis 25-Jährigen und bei den Wählerinnen und Wählern im Alter von 25 bis 35 Jahren schnitten die GRÜNEN überdurchschnittlich ab. In beiden Altersgruppen gaben anteilmäßig mehr Frauen als Männer der „grünen“ Partei ihre Stimme. Bei der zweitgenannten Altersgruppe lag der bei den Wählerinnen erzielte Stimmenanteil mit 10,2 % wesentlich höher als bei den Wählern, von denen nur 7,4 % für die GRÜNEN votierten. Bei den Wählerinnen im Alter von über 60 Jahren erzielten die GRÜNEN mit 1,4 %, bei den Männern dieses Alters mit 1,1 % ihre niedrigsten Anteile.

Die an der 5 %-Klausel gescheiterte F.D.P. erhielt nach den Auszählungen der Stimmzettel 3,4 % der gülti-



gen Stimmen. Von den Männern gaben 3,5 % und von den Frauen 3,2 % dieser Partei ihre Stimme. Bei beiden Geschlechtern waren keine gravierenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersklassen festzustellen.

Auf die PDS entfielen insgesamt 0,8 % der in der Stichprobe ausgewerteten gültigen Stimmen, wobei männliche Wähler mit 1,1 % dieser Partei häufiger den Vorzug gaben als Frauen (0,6 %). Am besten schnitt die Partei mit einem Anteil von 1,6 % bei den 25- bis 35-jährigen Männern und von 1,8 % bei den 18- bis 25-jährigen Frauen ab.

Auf die REPUBLIKANER entfielen 2,4 % der gültigen Stimmen, und zwar 3,5 % bei Männern und 1,3 % bei Frauen. Überdurchschnittliche Anteilswerte verzeichneten Männer und Frauen im Alter von unter 45 Jahren. Dabei entfielen auf die 18- bis 25-jährigen Wähler 5,1 % der gültigen Stimmen und auf die Frauen entsprechenden Alters 2,1 %.

Anstieg des Stimmenanteils der CDU bei jüngeren Wählern am höchsten

Gegenüber der Europawahl 1994 verzeichnete die SPD 1999 einen Rückgang ihres Stimmenanteils um

1,9 Prozentpunkte. Bei den Männern fiel dieser Rückgang mit -2,1 Prozentpunkten stärker aus als bei den Frauen (-1,7 Prozentpunkte). Der höchste Rückgang des Stimmenanteils ergab sich bei den jüngeren Bürgerinnen und Bürgern. Bei den Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren waren es 4,1 Prozentpunkte und bei den Männern der Altersgruppe 18 bis 25 Jahre sogar 7,4 Prozentpunkte. Die niedrigsten Verluste hatte die SPD bei den über 60-jährigen Männern. Hier lag ihr Anteil 1999 um 0,5 Prozentpunkte niedriger als fünf Jahre zuvor. Bei den Wählerinnen waren die Verluste mit 0,9 Prozentpunkten in der Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen am geringsten.

Die CDU konnte 1999 nach den Ergebnissen der repräsentativen Stichprobe ihren Gesamtstimmenanteil um 7,6 Prozentpunkte gegenüber 1994 verbessern. Die Wähler wiesen mit einem Plus von 8,2 Prozentpunkten eine höhere Zunahme als die Wählerinnen mit plus 6,9 Prozentpunkten auf. Die Christdemokraten konnten 1999 bei Männern und Frauen in allen Altersklassen ihr Ergebnis gegenüber der vorhergegangenen Europawahl verbessern. Am stärksten fiel der Stimmenzuwachs bei den Männern und Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren aus. Hier lag der Stimmenanteil bei der jetzigen Europawahl um 18,7 bzw. 15,3 Prozentpunkte höher als fünf Jahre zuvor. Auch in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen hatten die Christdemo-

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen
Veränderung gegenüber der Europawahl 1994 in Prozentpunkten
(Repräsentative Wahlstatistik)

Altersgruppe	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	PDS	F.D.P.	Sonstige	dar. REP
Insgesamt									
18 - 25	-17,5	-0,5	-4,8	17,1	-8,8	0,6	-0,5	-3,6	-1,1
25 - 35	-15,7	-0,4	-4,1	13,0	-7,5	0,7	-0,7	-1,3	-0,8
35 - 45	-14,4	-0,5	-2,9	7,5	-2,5	0,3	-0,7	-1,7	-0,9
45 - 60	-11,5	-0,6	-0,8	3,0	-0,3	0,7	-0,3	-2,3	-1,3
60 u. mehr	-6,7	-0,3	-0,8	4,6	-0,5	0,4	-0,5	-3,1	-2,0
Insgesamt	-11,6	-0,3	-1,9	7,6	-3,0	0,5	-0,5	-2,6	-1,4
Männer									
18 - 25	-15,7	-0,4	-7,4	18,7	-6,7	0,1	-0,2	-4,6	-1,3
25 - 35	-15,3	-0,6	-4,2	13,0	-6,9	0,8	-0,5	-2,1	-1,1
35 - 45	-14,1	-0,5	-3,3	8,3	-2,1	0,2	-0,4	-2,7	-1,2
45 - 60	-11,4	-0,7	-0,8	3,1	-0,1	1,0	0,0	-3,3	-1,8
60 u. mehr	-5,8	-0,1	-0,5	5,6	-0,5	0,5	-0,4	-4,7	-3,3
Zusammen	-11,1	-0,2	-2,1	8,2	-2,7	0,6	-0,3	-3,7	-2,0
Frauen									
18 - 25	-19,2	-0,5	-2,0	15,3	-11,1	1,2	-0,8	-2,6	-0,8
25 - 35	-16,1	-0,1	-4,1	13,2	-8,2	0,5	-0,9	-0,5	-0,4
35 - 45	-14,7	-0,5	-2,5	6,6	-2,8	0,3	-0,9	-0,6	-0,7
45 - 60	-11,7	-0,3	-0,9	2,9	-0,5	0,4	-0,6	-1,3	-0,8
60 u. mehr	-7,6	-0,3	-1,0	3,9	-0,5	0,3	-0,7	-2,0	-1,1
Zusammen	-12,1	-0,2	-1,7	6,9	-3,3	0,4	-0,8	-1,5	-0,8

kraten bei männlichen und weiblichen Wählern zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen.

Die GRÜNEN verloren bei der Europawahl 1999 insgesamt 3 Prozentpunkte gegenüber 1994. Dabei fiel die Abnahme mit einem Minus von 3,3 Prozentpunkten bei den Frauen höher aus als bei den Männern, bei denen sich der Stimmenanteil um 2,7 Prozentpunkte verringerte. Sowohl bei den Wählern als auch bei den Wählerinnen mussten die GRÜNEN in allen Altersgruppen eine Verschlechterung ihres Ergebnisses hinnehmen. Die höchsten Verluste verzeichnete die Partei bei den jüngeren Frauen. Hier ging der Stimmenanteil im Vergleich zu 1994 bei den 18- bis 25-Jährigen um 11,1 und bei den Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren immerhin noch um 8,2 Prozentpunkte zurück. Auch bei den Männern unter 35 Jahren erreichten die GRÜNEN 1999 Ergebnisse, die um fast 7 Prozentpunkte niedriger lagen als fünf Jahre zuvor.

Im Vergleich zur Europawahl 1994 ist 1999 der Gesamtstimmenanteil der F.D.P.-Wähler geringfügig um 0,5 Prozentpunkte zurückgegangen, bei Wählern um 0,3 und bei Wählerinnen um 0,8 Prozentpunkte. Die Rückgänge der Stimmenanteile wurden in fast allen Altersgruppen beider Geschlechter festgestellt und lagen bei den 25- bis 35-jährigen bzw. 35- bis 45-jährigen Frauen mit jeweils 0,9 Prozentpunkten am höchsten. Bei den Männern wies die Altersgruppe der 25- bis 35-jährigen den höchsten Rückgang (- 0,5 Prozentpunkte) auf.

Stimmenverluste der REPUBLIKANER in allen Altersgruppen

Beim Vergleich der beiden Europawahlen ergaben sich 1999 für männliche und weibliche Wähler der REPUBLIKANER in allen Altersgruppen Rückgänge der Stimmenanteile. Sie fielen bei den Männern, die bereits vor fünf Jahren einen durchweg höheren Anteil von Wählern der REPUBLIKANER stellten, mit einem Minus von 2 Prozentpunkten deutlich höher aus als bei den Frauen (- 0,8 Prozentpunkte). Am stärksten nahm der Wähleranteil dieser Partei bei den über 60-jährigen Männern ab. Hier erreichten die REPUBLIKANER am 13. Juni einen um 3,3 Prozentpunkte niedrigeren Stimmenanteil als 1994. Auch bei den Wählern im Alter zwischen 45 und 60 Jahren fiel der Rückgang gegenüber der vorhergegangenen Europawahl mit - 1,8 Prozentpunkten relativ hoch aus.

Ein Vergleich der Europawahl 1999 mit der Europawahl 1994 ist für die übrigen Parteien nur sehr eingeschränkt aussagefähig, da dieses Parteienspektrum laufenden Änderungen unterworfen ist. Hier kann nur grundsätzlich festgestellt werden, dass 1999 bei beiden Geschlechtern und in allen Altersgruppen, besonders deutlich aber bei den Jungwählerinnen und Jungwählern, Abnahmen der Stimmenanteile gegenüber 1994 zu registrieren waren.

Altersstruktur der GRÜNEN-Wähler weicht stark von der Gesamtwählerschaft ab

Zur Untersuchung, ob eine Partei gleichermaßen das Interesse aller Wählerschichten oder nur bestimmter Altersgruppen weckt, kann man die altersmäßige Zusammensetzung der Wähler einer Partei, getrennt nach Männern und Frauen, der Altersgliederung der jeweiligen Gesamtwähler mit gültigen Stimmen gegenüberstellen. Dadurch lassen sich Ungleichgewichte feststellen, welche die Parteien in ihre Überlegungen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Programme bzw. ihrer Darstellung gegenüber dem Wähler einbeziehen können.

Die Auswertungen im Zusammenhang mit der Europawahl 1999 ergeben für die SPD-Wähler sowohl bei Frauen als auch bei Männern eine gegenüber der Gesamtwählerschaft wenig abweichende Altersstruktur. Geringfügig unterrepräsentiert sind im Wahlergebnis der Sozialdemokraten bei beiden Geschlechtern die jüngeren Bürger. Das war auch bei der vorhergehenden Europawahl der Fall. Bei den männlichen SPD-Wählern erreichten 1999 die 18- bis 25-Jährigen einen Anteil von 5 %, 2 Prozentpunkte weniger als es ihrem Anteil an der männlichen Wählerschaft insgesamt entspricht. Bei den Frauen dieser Altersgruppe ist die Abweichung mit 0,7 Prozentpunkten geringer. Die Altersgruppe der 35- bis 60-jährigen Männer und Frauen war bei den SPD-Wählern relativ stärker vertreten als bei der Gesamtheit der Wählerinnen und Wähler.

Die Wählerschaft der Christdemokraten zeigt hinsichtlich ihrer altersmäßigen Zusammensetzung im Vergleich mit der Gesamtwählerschaft eine etwas geringere Übereinstimmung. Sowohl bei weiblichen als auch bei männlichen CDU-Wählern waren die unter 45-Jährigen, mit Ausnahme der männlichen Jungwähler, teilweise deutlich unterrepräsentiert. So gehörten beispielsweise nur 17,3 % der weiblichen Wähler dieser Partei zur Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen, während bei der Gesamtheit der Wählerinnen ein Anteil von 20,1 % ermittelt wurde. Bei den Männern dieses Alters betragen die Anteilswerte 19,3 und 21,8 %. Diesen niedrigeren Anteilen bei den Jüngeren stehen entsprechend höhere Prozentsätze bei den Älteren, vor allem bei den über 60-jährigen CDU-Wählern gegenüber. Besonders groß ist die Abweichung bei den Frauen. Hier waren 39,7 % der weiblichen CDU-Wähler 60 Jahre und älter im Vergleich zu 35,3 % in der weiblichen Gesamtwählerschaft. Bei den Männern dieser Altersklasse lag der Anteil der CDU-Wähler mit 33,6 % um 3,1 Prozentpunkte über ihrem Gesamtanteil.

Die weitaus größten Abweichungen von der durchschnittlichen Altersgliederung zeigten, wie bereits vor fünf Jahren, die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN. Bei dieser Partei waren vor allem die unter 45-Jährigen überrepräsentiert. Besonders auffallend war dies bei Männern und Frauen im Alter von 35 bis 45 Jahren. Von den Wählerinnen der GRÜNEN gehörten 37,4 %, von den Wählern gar 41,2 % zu dieser Altersgruppe, in der

Gesamtheit der Wählerinnen und Wähler waren es nur 19,9 % bzw. 21,6 %. Bei der Europawahl 1994 war das Ungleichgewicht zwischen GRÜNEN - Wählern und Gesamtwählern noch in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen besonders hoch. Älter als 60 Jahre war 1999 nur rund jeder 15. männliche Wähler dieser Partei, bei der Gesamtwählerschaft der Männer gehörte etwas weniger als ein Drittel zu dieser Altersgruppe. Ähnlich waren die Verhältnisse bei den Frauen. Hier war mehr als ein Drittel aller Wählerinnen über 60 Jahre alt, bei den für die GRÜNEN votierenden Frauen jede Elfte. Der Vergleich mit 1994 zeigt, dass die Abstände zwischen den Altersgruppenanteilen der Gesamtwähler und der Wähler der GRÜNEN bei unter 35-jährigen Männern und Frauen deutlich geringer geworden sind. Dagegen haben sich die Abweichungen bei den Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 35 und 45 Jahren erhöht. Aus den Untersuchungen ist allerdings nicht erkennbar, ob es sich nur um das Hineinwachsen der jüngeren Wähler in eine höhere Altersklasse handelt oder ob hier die beobachteten Verluste dieser Partei bei jüngeren Wählern bzw. deren stärkere Wahlenthaltung die entscheidende Rolle spielen.

Die Wählerschaft der F. D. P. zeigt in der Altersstruktur weder bei Männern noch bei Frauen nennenswerte Abweichungen von den Gesamtwählern. Im Vergleich mit der Europawahl 1994 sind hier auch keine größeren Veränderungen zu beobachten. In der Wählerschaft der REPUBLIKANER waren jüngere Männer und Frauen im Alter von unter 45 Jahren etwas stärker vertreten als es

ihrem Anteil an der jeweiligen Gesamtwählerschaft entsprach. Dagegen waren über 45-jährige Männer und Frauen geringer vertreten als die altersmäßige Verteilung der Gesamtwähler erwarten ließ. Vergleiche mit 1994 zeigen dabei, dass bei den über 60-jährigen Wählerinnen und Wählern deutliche Änderungen festzustellen sind. Waren damals ältere Männer und Frauen bei den Wählern der REPUBLIKANER noch etwa mit dem gleichen Anteil wie in der Gesamtwählerschaft vertreten, so liegt der Anteilswert dieser Altersgruppe heute um rund 8 Prozentpunkte niedriger als in der Gesamtheit der Wähler.

Geschlechterrelation der SPD-Wählerschaft entsprach weitgehend dem Durchschnitt

Unterschiede hinsichtlich des Wahlverhaltens von Männern und Frauen können sehr anschaulich an Hand des Zahlenverhältnisses „Auf 100 Männer kommen ... Frauen“ dargestellt werden. Hierbei werden die einzelnen Parteien nach Altersgruppen ihrer Wähler mit der jeweiligen Gesamtaltersgruppe verglichen.

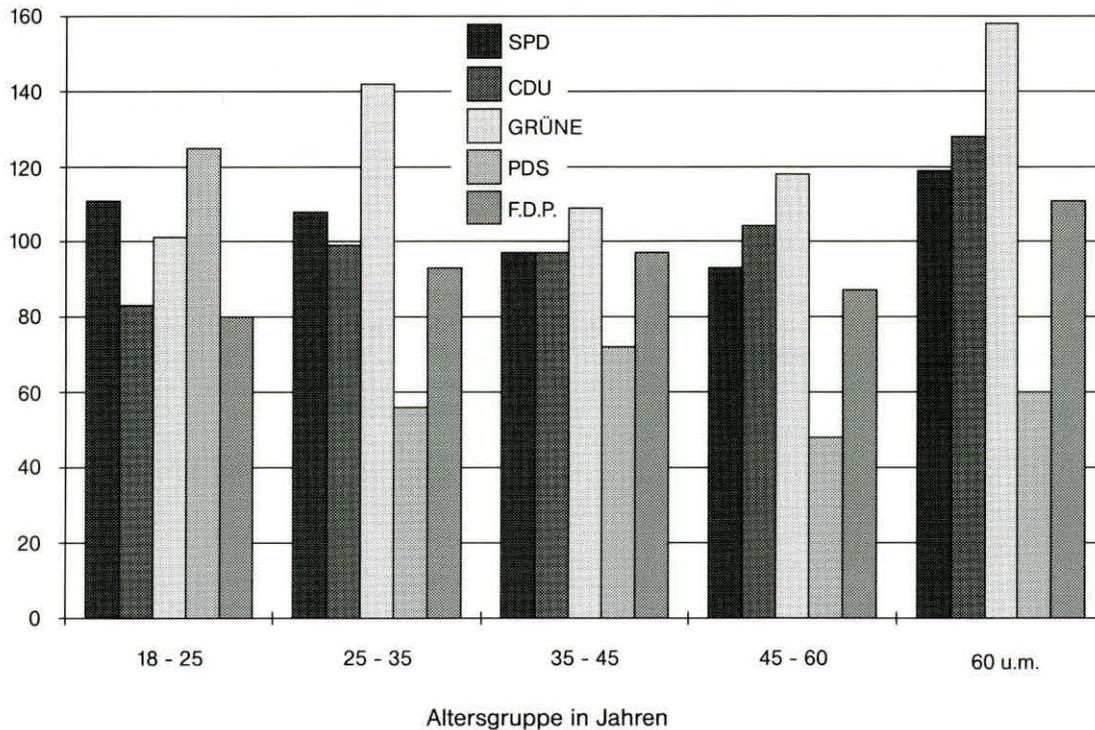
Bei der Europawahl 1999 kamen in der Altersgruppe der 18 bis 25 Jahre alten Wähler auf 100 Männer nur 90 Frauen. Bei den über 60-jährigen Wählern standen wegen des Frauenüberschusses bei der älteren Bevölkerung 100 männlichen 121 weibliche Wähler gegenüber. Betrachtet man dieses Zahlenverhältnis hinsichtlich der

Stimmabgabe bei der Europawahl 1999 nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen in %
(Repräsentative Wahlstatistik)

Altersgruppe	Wähler	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf die jeweilige Altersgruppe						
				SPD	CDU	GRÜNE	PDS	F.D.P.	Sonstige	dar. REP
Insgesamt										
18 - 25	6,4	2,7	6,5	5,1	6,7	8,4	11,5	7,2	10,5	10,0
25 - 35	13,8	7,1	14,0	13,2	12,8	22,9	19,9	13,1	21,2	20,3
35 - 45	20,7	15,1	20,9	21,5	18,2	39,1	18,3	20,0	23,7	22,6
45 - 60	25,6	24,8	25,6	26,5	25,4	21,8	29,8	27,9	22,5	23,0
60 u. mehr	33,5	50,3	33,0	33,6	36,8	7,8	20,4	31,8	22,2	24,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer										
18 - 25	6,9	3,0	7,0	5,0	7,7	9,2	8,3	7,8	11,2	10,3
25 - 35	13,9	6,5	14,2	13,0	13,5	20,9	20,8	13,3	20,4	20,0
35 - 45	21,6	15,8	21,8	22,3	19,3	41,2	17,4	20,0	23,5	23,4
45 - 60	26,5	25,0	26,6	28,2	26,0	22,1	32,7	29,3	22,3	23,3
60 u. mehr	31,0	49,7	30,5	31,5	33,6	6,7	20,8	29,6	22,6	23,0
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frauen										
18 - 25	5,9	2,4	6,0	5,3	5,8	7,7	16,5	6,5	9,5	9,2
25 - 35	13,7	7,7	13,9	13,4	12,2	24,6	18,6	12,9	22,1	20,9
35 - 45	19,9	14,4	20,1	20,7	17,3	37,4	19,8	20,1	23,9	20,5
45 - 60	24,7	24,6	24,7	24,9	24,9	21,6	25,2	26,4	22,8	22,5
60 u. mehr	35,8	50,9	35,3	35,7	39,7	8,7	19,8	34,2	21,7	26,8
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Europawahl 1999

Auf 100 Männer kommen ... Frauen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 89/99/Wahlen99

Stimmabgabe für die einzelnen Parteien, dann zeigen die Wähler der GRÜNEN die größten Abweichungen vom Durchschnitt. War bei den 25- bis 35-jährigen Gesamtwählern das Verhältnis von 100 Männern zu 103 Frauen gegeben, so belief sich das Zahlenverhältnis bei den Wählern der GRÜNEN in dieser Altersgruppe auf 100 zu 142. Verhältnismäßig hoch ist auch die Bevorzu-

gung dieser Partei bei Frauen im Alter von 45 bis 60 Jahren. So kamen hier auf 100 Männer 118 Frauen, obwohl in der Gesamtwählerschaft eine etwa ausgeglichene Geschlechterrelation besteht. In der Altersklasse der über 60-Jährigen standen 100 GRÜNEN-Wählern sogar 158 Wählerinnen dieser Partei gegenüber. Bei den Christdemokraten der gleichen Altersgruppe kamen

Verhältnis von Wählern und Wählerinnen bei den Europawahlen 1999 und 1994 nach Altersgruppen (Repräsentative Wahlstatistik)

Altersgruppe	Wahljahr	Auf 100 Männer kommen ... Frauen									
		Wähler	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	PDS	F.D.P.	Sonstige	dar. REP
18 - 25	1999	90	81	90	111	83	101	125	80	66	36
	1994	92	88	92	94	89	129	48	94	62	41
25 - 35	1999	103	120	103	108	99	142	56	93	84	43
	1994	96	86	97	101	90	124	45	98	67	39
35 - 45	1999	97	92	97	97	97	109	72	97	79	36
	1994	96	91	96	95	102	112	46	110	62	41
45 - 60	1999	98	99	98	93	104	118	48	87	79	40
	1994	99	88	100	95	107	131	79	104	65	42
60 u. mehr	1999	121	103	122	119	128	158	60	111	74	48
	1994	133	114	134	133	147	162	50	135	69	48
Insgesamt	1999	105	101	105	105	108	120	63	96	77	41
	1994	106	98	106	105	114	124	52	111	66	43

auf 100 Wähler nur 128 Wählerinnen, da auch die männliche Wählerschaft dieser Partei häufiger aus dieser Altersgruppe stammte als bei anderen Parteien. Bei den über 60-jährigen Wählern der Sozialdemokraten entsprach die Geschlechterrelation dagegen weitgehend dem Zahlenverhältnis in der Gesamtwählerschaft. Auch in den anderen Altersgruppen wies diese Partei relativ geringe Abweichungen vom Durchschnitt auf. Bei den Freidemokraten waren in den meisten Altersgruppen im Vergleich zur Gesamtheit der Wähler Frauen unterdurchschnittlich vertreten. Besonders stark dominiert von einer männlichen Wählerschaft sind die REPUBLIKANER. Hier kamen in allen Altersgruppen auf 100 Männer weit weniger als die Hälfte der aus der Gesamtverteilung zu erwartenden weiblichen Wähler. Besonders deutlich trat dies bei den unter 25- und den über 60-Jährigen zu Tage. Standen bei den jüngeren Wählern der REPUBLIKANER 100 Männern nur 36 Frauen gegenüber, waren es in der Gesamtwählerschaft 90. Bei den Älteren ist das Zahlenverhältnis mit 48 zu 121 noch unausgewogener.

Ausblick

Die rheinland-pfälzischen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 1999 werden in der Richtung und in der Tendenz durch die vorläufigen Auswertungen auf Bundesebene, die auf einer vorab aufbereiteten Unterstichprobe (etwa 10 % der Gesamtstichprobe) basieren, bestätigt. Offen bleiben muss dabei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch die Frage, ob und in welchem Umfang sich die in Rheinland-Pfalz (60 %) deutlich höher als im Bundesgebiet (45 %) liegende Wahlbeteiligung auf die geschlechts- und altersspezifische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien und ihre Veränderungen ausgewirkt hat. Von großer Bedeutung für die zukünftige repräsentative Wahlstatistik wird allerdings die bereits angesprochene Prüfung der Möglichkeiten zur Einbeziehung der Briefwähler in die Erhebungen sein. Hier spielen neben den statistisch-methodischen Fragen die Gesichtspunkte der Sicherung des Wahlgeheimnisses eine ganz entscheidende Rolle.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Auszubildende 1998

Ziel der Berufsbildungsstatistik ist es, Daten für planerische und gestaltende Aufgaben auf dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung zu stellen. Sie bildet damit auch eine wichtige Grundlage für die Schaffung betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildungsplätze. Allerdings liefert sie nur Informationen über die tatsächlich realisierten Ausbildungsverhältnisse. Aussagen über angebotene und nachgefragte Ausbildungsplätze sind somit aus ihr nicht zu gewinnen.

Ihre Wurzeln hat die amtliche Berufsbildungsstatistik in den Geschäftsstatistiken der Spitzenorganisationen der berufsständischen Kammern und der sonstigen für die Berufsausbildung zuständigen Stellen. Mit dem Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen (Ausbildungsplatzförderungsgesetz – APIFG) vom 7. September 1976 wurde die Rechtsgrundlage für eine erste amtliche Statistik über die berufliche Bildung geschaffen. Ab dem Berichtsjahr 1977 wurden Daten nach diesem Gesetz durch die statistischen Landesämter erhoben. Zur Zeit gilt das Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBifG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 1994 (BGBl. I S. 78). Nach § 5 des Gesetzes sind jährlich Daten über Auszubildende einschließlich der neu abgeschlossenen und der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge zu erheben, ferner über Prüfungsteilnehmer in der beruflichen Bildung, Ausbilder und Ausbildungsberater.

Berufsausbildung im dualen System

Die Lage am Ausbildungsmarkt bleibt angespannt. Nach wie vor bedarf es großer Anstrengungen, Schulabgänger und andere ausbildungswillige Personen mit einer ausreichenden Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze zu versorgen. Infolge des anhaltenden Arbeitsplatzabbaus und einer hohen Arbeitslosigkeit vor allem beruflich Nichtqualifizierter ist eine abgeschlossene Berufsausbildung von großer Bedeutung für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die früher als „Lehrlinge“ bezeichneten Auszubildenden sind Personen, die auf Grund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz einen staatlich anerkannten oder als anerkannt geltenden Ausbildungsberuf erlernen. Ziel und Inhalt der betrieblichen Ausbildung für jeden Ausbildungsberuf sind in einer spezifischen Ausbildungsordnung festgelegt. Lehr- und Anlernberufe, die vor In-Kraft-Treten des Berufsbildungsgesetzes im Jahr 1969 bestanden, gelten bis zu ihrer Neuordnung als staatlich anerkannt. Alle anerkannten Ausbildungsberufe werden in einem Verzeichnis systematisiert, das vom Bundesinstitut für Berufsbildung geführt und aktualisiert wird.

Die Berufsausbildung wird in Deutschland vorwiegend dual betrieben, das heißt, die Vermittlung praktischer und theoretischer Kenntnisse erfolgt durch

unmittelbares Lernen am Arbeitsplatz in Verbindung mit dem gleichzeitigen Besuch einer Berufsschule im Teilzeitunterricht. Nicht zu den Auszubildenden im Sinne des Berufsbildungsgesetzes zählen alle Personen, die ihre Berufsausbildung vollständig an beruflichen Schulen (zum Beispiel Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens) absolvieren oder die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (zum Beispiel Beamtinnen/Beamte im Vorbereitungsdienst) ausgebildet werden. Ebenfalls nicht zu den Auszubildenden zählen Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

Sechs Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden sechs Ausbildungsbereiche unterschieden:

- Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe),
- Handwerk,
- Landwirtschaft,
- öffentlicher Dienst,
- freie Berufe,
- Hauswirtschaft.

Die Abgrenzung dieser Ausbildungsbereiche ist im Berufsbildungsgesetz geregelt. Die Zuständigkeit für die Berufsausbildung richtet sich nach der Art des Ausbildungsberufes und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebes zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich. Das führt beispielsweise im öffentlichen Dienst dazu, dass die hier nachgewiesene Zahl an Auszubildenden nicht dem tatsächlichen Ausbildungsvolumen dieses Bereiches entspricht. Auszubildende, die im öffentlichen Dienst Berufe der gewerblichen Wirtschaft oder Landwirtschaft erlernen, werden in der Berufsbildungsstatistik den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk oder Landwirtschaft zugeordnet, da sie in den entsprechenden Verzeichnissen der Ausbildungsverhältnisse der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern oder der Landwirtschaftskammer geführt werden. So sind Jugendliche, die bei einer Behörde eine Ausbildung zur Bürokauffrau bzw. zum Bürokaufmann erhalten, statistisch als Auszubildende im Bereich Industrie und Handel und nicht im Bereich Öffentlicher Dienst nachzuweisen. Ein bei einer Stadtverwaltung auszubildender Gärtner wird nicht dem Bereich Öffentlicher Dienst zugeordnet, sondern dem Bereich Landwirtschaft, weil die Landwirtschaftskammer die für seine Ausbildung zuständige Stelle ist. Ebenfalls wird die Zahl der Auszubildenden im Bereich Freie Berufe unvollständig dargestellt. Einige der hier angebotenen Ausbildungsberufe (zum Beispiel Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation, technische Zeichnerin/technischer Zeichner) werden im Bereich Industrie und Handel erfasst. Auszubildende für die ländliche Hauswirtschaft werden im Bereich Landwirtschaft nachgewiesen und nicht im Bereich Hauswirtschaft.

Zuständige Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz sind auskunftspflichtig

Auskunftspflichtig für die Berufsbildungsstatistik sind nach dem Berufsbildungsgesetz die für die Ausbildung zuständigen Stellen und somit in der Regel die berufsständischen Kammern. Sie sind nach dem Berufsbildungsgesetz verpflichtet, Verzeichnisse der Berufsausbildungsverhältnisse für alle anerkannten Ausbildungsberufe zu führen. Diesen Verzeichnissen

sind die für die Berufsbildungsstatistik erforderlichen Daten zu entnehmen.

Für die meisten Ausbildungsbereiche sind im Gesetz Kammern oder sonstige zuständige Stellen festgelegt. Für den Ausbildungsbereich Industrie und Handel sind in Rheinland-Pfalz vier Industrie- und Handelskammern zuständig. Dieser Bereich umfasst alle Gewerbebetriebe, die nicht Handwerksbetriebe oder handwerksähnliche Betriebe sind. Hierzu gehören Industrie, Han-

Auszubildende 1995 bis 1998 nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht und Ausbildungsjahren

Jahr	Insgesamt	Industrie und Handel ¹⁾	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst ²⁾	Hauswirtschaft	Freie Berufe
Auszubildende insgesamt							
1995	71 034	29 350	29 538	1 214	2 191	814	7 927
1996	71 909	29 464	30 060	1 424	1 967	855	8 139
1997	74 387	31 376	30 461	1 528	2 059	1 021	7 942
1998	78 358	34 024	31 220	1 774	2 147	1 110	8 083
darunter ausländische Auszubildende							
1995	4 544	1 543	2 643	14	50	15	279
1996	4 331	1 532	2 431	17	18	20	313
1997	4 237	1 461	2 371	24	18	21	342
1998	4 102	1 420	2 232	21	20	30	379
Auszubildende nach dem Geschlecht							
männlich							
1995	44 049	17 519	23 944	895	1 236	34	421
1996	44 676	17 714	24 341	1 094	1 046	57	424
1997	45 983	18 769	24 580	1 137	1 061	54	382
1998	48 124	20 340	24 946	1 347	1 054	56	381
weiblich							
1995	26 985	11 831	5 594	319	955	780	7 506
1996	27 233	11 750	5 719	330	921	798	7 715
1997	28 404	12 607	5 881	391	998	967	7 560
1998	30 234	13 684	6 274	427	1 093	1 054	7 702
Auszubildende nach Ausbildungsjahren							
im 1. Ausbildungsjahr							
1995	21 260	8 047	9 193	442	639	311	2 628
1996	22 111	8 581	9 078	503	717	333	2 899
1997	23 127	9 575	9 232	509	714	377	2 720
1998	24 306	10 557	9 467	517	739	400	2 626
im 2. Ausbildungsjahr							
1995	22 257	9 573	8 822	405	545	211	2 701
1996	22 988	9 832	9 123	486	639	311	2 597
1997	24 072	10 569	9 178	545	715	333	2 732
1998	25 421	11 575	9 433	648	714	377	2 674
im 3. Ausbildungsjahr							
1995	22 012	9 573	8 267	367	915	292	2 598
1996	21 658	9 136	8 693	435	540	211	2 643
1997	22 166	9 487	8 774	474	630	311	2 490
1998	23 405	9 922	9 064	609	694	333	2 783
im 4. Ausbildungsjahr							
1995	5 505	2 157	3 256	-	92	-	-
1996	5 152	1 915	3 166	-	71	-	-
1997	5 022	1 745	3 277	-	-	-	-
1998	5 226	1 970	3 256	-	-	-	-

1) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe. - 2) Ohne Beamtenanwärter.

del, Banken, Versicherungen sowie das Gast- und Verkehrsgewerbe. Außerdem sind die Industrie- und Handelskammern zuständig, wenn die praktische Berufsausbildung in anderen Bereichen durchgeführt wird, sich aber auf Ausbildungsberufe der gewerblichen Wirtschaft (außer Handwerk) bezieht.

Für das Handwerk gibt es in Rheinland-Pfalz vier Handwerkskammern. Sie sind zuständig für die Berufsausbildung in Gewerben, die in der Anlage A der Handwerksordnung aufgeführt sind und als Handwerk betrieben werden. Ferner sind die Handwerkskammern zuständige Stelle für die Berufsausbildung in Handwerksbetrieben oder handwerksähnlichen Betrieben, und zwar unabhängig davon, ob es sich um handwerkliche oder nichthandwerkliche Ausbildungsberufe handelt. Darüber hinaus sind sie auch zuständig für die Berufsausbildung in anderen Ausbildungsbereichen, so weit diese Ausbildung in Gewerben der Anlage B (handwerksähnliche Gewerbe) zur Handwerksordnung durchgeführt wird. Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz ist zuständige Stelle für den Bereich der Landwirtschaft einschließlich der ländlichen Hauswirtschaft.

Im öffentlichen Dienst wird zwischen Bundes- und Landesbehörden unterschieden. Zuständige Stelle für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und sonstiger der Aufsicht des Landes unterstehender Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz. Für die Ausbildung in Bundesbehörden bestimmt die jeweils zuständige oberste Bundesbehörde für ihren Geschäftsbereich die zuständigen Stellen. Für in Rheinland-Pfalz ansässige Bundesbehörden sind dies: das Bundesverwaltungsamt, das Bundesversicherungsamt, die Bundesanstalt für Arbeit, das Bundesministerium für Verkehr und die Wehrbereichsverwaltung IV. Zum Ausbildungsbereich des öffentlichen Dienstes wird auch die berufliche Ausbildung der Kirchen oder sonstiger Religionsgemeinschaften gerechnet, wobei diese die Zuständigkeit für ihren Bereich jeweils selbst festlegen. Zur Zeit ist in Rheinland-Pfalz ausschließlich die Evangelische Kirche im Rheinland eine für kirchliche Ausbildung zuständige Stelle.

Für die berufliche Ausbildung der freien Berufe sind die jeweiligen berufsständischen Kammern zuständig: Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte-, Apotheker-, Steuerberater-, Notar- und Rechtsanwaltskammern sowie für das gesamte Bundesgebiet die Patentanwaltskammer. In der Hauswirtschaft (mit Ausnahme der ländlichen Hauswirtschaft) obliegt die Zuständigkeit für die Berufsbildung der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz.

Über vier Fünftel der Jugendlichen wurden in der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet

Zum Ende des Jahres 1998 wurden in Rheinland-Pfalz 78 358 Auszubildende gezählt. Damit erhöhte sich die Zahl der Auszubildenden gegenüber dem Vorjahr um 3 971 oder 5,3 %. Im Jahr 1997 wurde eine Zunahme um 2 478 (+3,5 %), im Jahr 1996 um 875 (+1,2 %) Aus-

bildungsverträge registriert. Insgesamt ergab sich seit dem Tiefststand im Jahr 1995 ein Anstieg von 7 324 Auszubildenden oder 10,3 %. Der bisher höchste Stand wurde Ende 1984 mit 111 510 Auszubildenden erreicht, als geburtenstarke Jahrgänge ins Ausbildungsalter vorrückten. Danach war ein kontinuierlicher Rückgang bis 1995 zu verzeichnen.

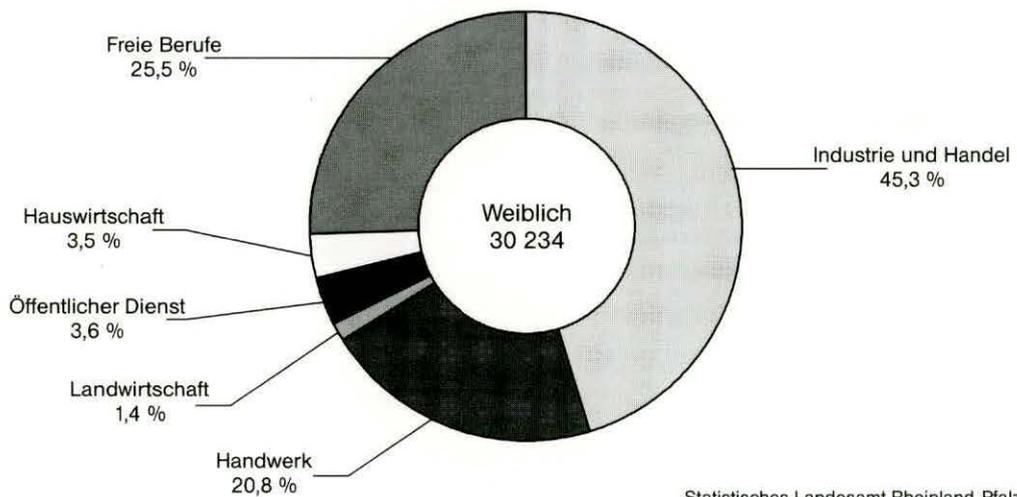
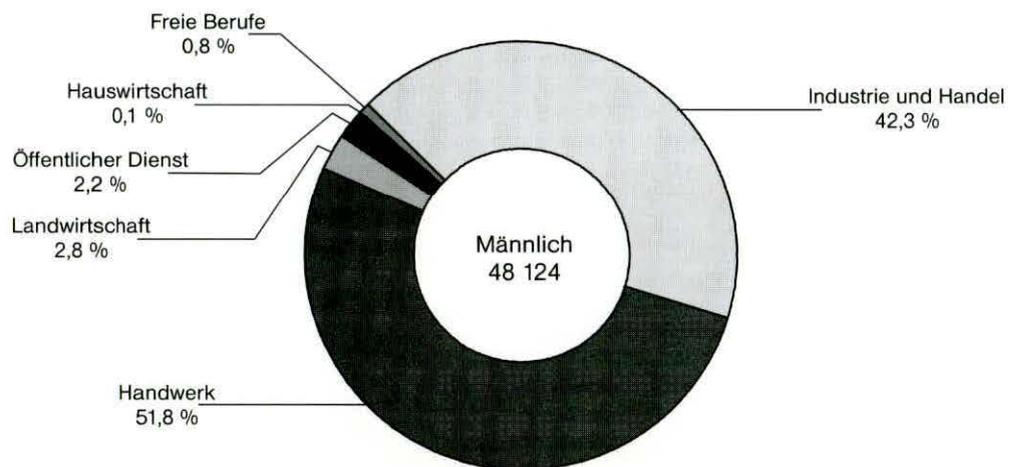
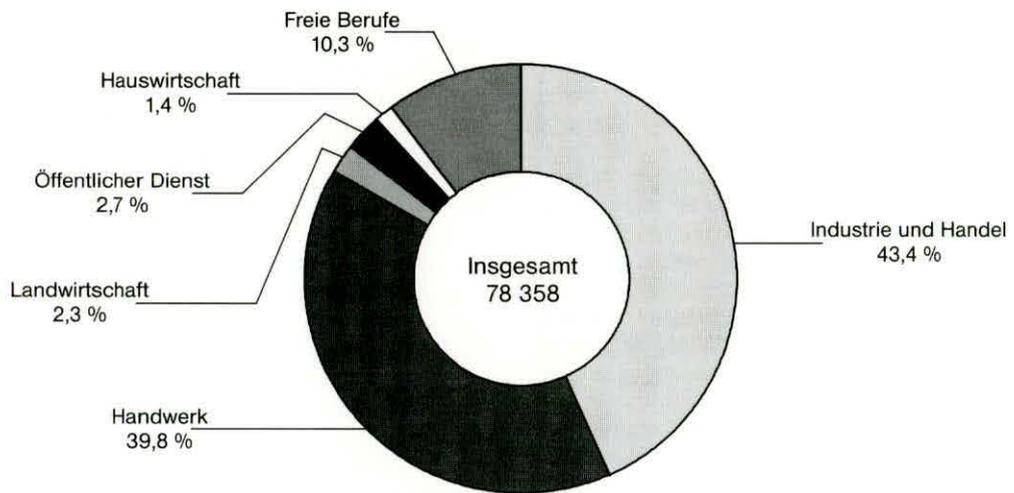
Die meisten Jugendlichen werden in der gewerblichen Wirtschaft, das heißt in den beiden großen Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk, ausgebildet. Ende 1998 wurden 34 024 Verträge oder gut 43 % in Industrie und Handel und 31 220 oder knapp 40 % im Handwerk registriert. Die zahlenmäßige Differenz der Ausbildungsverhältnisse in beiden Bereichen hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich zugunsten von Industrie und Handel erhöht. Wurden im Jahr 1997 insgesamt 915 Jugendliche mehr in Industrie und Handel als im Handwerk ausgebildet, so vergrößerte sich der Abstand im Jahr 1998 auf 2 804. In den Jahren 1995 und 1996 war noch das Handwerk größter Ausbildungsbereich gewesen, nachdem zuvor zwölf Jahre lang (von 1983 bis 1994) die meisten Lehrstellen von Industrie und Handel zur Verfügung gestellt worden waren. Im drittgrößten Bereich, den freien Berufen, wurden 1998 insgesamt 8 083 junge Menschen ausgebildet. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden betrug 10,3 %. Die anderen drei Ausbildungsbereiche sind zahlenmäßig von geringerer Bedeutung. So bestanden am Jahresende 1998 im öffentlichen Dienst 2 147 Ausbildungsverhältnisse (2,7 % aller Auszubildenden), in der Landwirtschaft waren es 1 774 (2,3 %) und in der Hauswirtschaft 1 110 (1,4 %).

Unterschiedliche Entwicklung in den Ausbildungsbereichen

Die Zunahme bestehender Ausbildungsverhältnisse gegenüber 1997 fällt in den einzelnen Ausbildungsbereichen recht unterschiedlich aus. Den prozentual höchsten Anstieg verzeichnete mit 16 % die Landwirtschaft, gefolgt von der Hauswirtschaft mit 8,7 % und Industrie und Handel mit 8,4 %. Unterdurchschnittliche Zuwächse ergaben sich für den öffentlichen Dienst (+4,3 %) vor dem Handwerk (+2,5 %) und den freien Berufen (+1,8 %). Stellt man diesen prozentualen Veränderungsdaten die absoluten Zahlen gegenüber, so ergibt sich eine andere Reihenfolge. Die Spitzenposition belegt der Bereich Industrie und Handel. Hier erhöhte sich die Zahl der Auszubildenden gegenüber 1997 um 2 648, im Handwerk waren es 759 und in der Landwirtschaft 246. In den freien Berufen wurde ein Anstieg von 141, in der Hauswirtschaft von 89 und im öffentlichen Dienst von 88 Ausbildungsverträgen ermittelt.

Seit dem tiefsten Stand im Jahr 1995 hat die Zahl der Ausbildungsverhältnisse um 7 324 zugenommen. Von dieser Zunahme entfielen 4 674 auf den Bereich Industrie und Handel und 1 682 auf das Handwerk. Die Landwirtschaft verzeichnete einen Anstieg von 560, die Hauswirtschaft von 296 und die freien Berufe von 156 Auszubildenden. Lediglich im öffentlichen Dienst wurde ein Rückgang um 44 Verträge registriert.

Auszubildende 1998 nach Ausbildungsbereichen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 95/99

Von den 78 358 Auszubildenden befanden sich 24 306 (31 %) im ersten, 25 421 (32 %) im zweiten, 23 405 (30 %) im dritten und 5 226 (6,7 %) im vierten Ausbildungsjahr. Die Zahl der Auszubildenden im zweiten Ausbildungsjahr lag Ende 1998 um 2 294 höher als die Zahl der Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Hauptursache hierfür ist, dass ein Teil der Jugendlichen auf Grund ihrer Vorbildung (zum Beispiel Abitur, Berufsfachschule u. Ä.) einen Lehrvertrag mit verkürzter Ausbildungszeit abschließt und die Ausbildung mit dem zweiten Ausbildungsjahr beginnt. Eckpfeiler des dualen Systems sind die dreijährigen Ausbildungsgänge. Für einige Berufe gilt jedoch eine Ausbildungszeit von dreieinhalb Jahren. Mit 5 226 Personen war der Kreis der Jugendlichen im vierten Ausbildungsjahr relativ klein. Von ihnen entfielen 1 970 (38 %) auf Industrie und Handel und 3 256 (62 %) auf das Handwerk. In den übrigen Ausbildungsbereichen gab es keine Ausbildungsordnungen, die über eine dreijährige Ausbildungsdauer hinausgingen.

Freie Berufe und Hauswirtschaft Domäne der Frauen

Von den am Jahresende 1998 in einer betrieblichen Berufsausbildung stehenden Jugendlichen waren 48 124 männlichen und 30 234 weiblichen Geschlechts. Der Zuwachs bei den Frauen gegenüber dem Vorjahr betrug 6,4 % (1 830), bei den Männern waren es 4,7 % (2 141). Infolge des überdurchschnittlichen Anstieges konnten die weiblichen „Lehrlinge“ ihren Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden auf knapp 39 % ausbauen.

Aus der Verteilung auf die einzelnen Ausbildungsbe-
reiche ergibt sich, dass 52 % der männlichen Auszubildenden einen Beruf im Handwerk und 42 % einen solchen in Industrie und Handel gewählt hatten. Damit konzentrierten sich die männlichen Jugendlichen auf die gewerbliche Wirtschaft. Andere Ausbildungsbereiche spielten für die betriebliche Ausbildung der Männer nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Auch die Mehrzahl der weiblichen „Lehrlinge“ hatte 1998 einen Ausbildungsvertrag in der gewerblichen Wirtschaft, jedoch war ihr Anteil mit 66 % (Industrie und Handel 45 %; Handwerk 21 %) weitaus geringer als bei den Jungen. Über ein Viertel der Mädchen erhielten ihre Ausbildung im Bereich der freien Berufe. Die restlichen 8,5 % verteilten sich auf die anderen drei Ausbildungsbereiche.

Das Berufswahlverhalten ist geschlechtsspezifisch auch innerhalb der Ausbildungsbereiche sehr unterschiedlich. Traditionell sind die Ausbildungsbereiche Freie Berufe und Hauswirtschaft eine Domäne der Frauen. Ihr Anteil lag hier bei jeweils 95 %. Umgekehrt ist es im Handwerk und in der Landwirtschaft, in denen der Männeranteil deutlich überwiegt, wenn auch nicht mit dieser hohen Dominanz. Im Handwerk waren vier von fünf Jugendlichen männlichen Geschlechts, in der Landwirtschaft waren es drei von vier. Auch im Bereich Industrie und Handel überwog mit 60 % der Anteil männlicher Auszubildender. Im öffentlichen Dienst

waren die Anteile mit 49 % Männern und 51 % Frauen fast gleichmäßig verteilt. Gegenüber 1995 haben sich bei den Anteilswerten nur kleinere Veränderungen ergeben. Lediglich die Ausbildungsstellen des öffentlichen Dienstes haben bei den weiblichen Auszubildenden einen größeren Zuspruch gefunden. Ihr Anteil ist innerhalb dieses Zeitraumes um 7,3 Prozentpunkte gestiegen.

Starke Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe

Die Auszubildenden konzentrierten sich stark in einer begrenzten Anzahl der zur Zeit rund 360 anerkannten Ausbildungsberufe. Inwieweit der gewählte Beruf dem Wunschberuf entspricht oder aber auf Grund nicht vorhandener oder zu geringer Ausbildungskapazitäten ein Alternativberuf gewählt wurde, lässt sich aus den verfügbaren Daten nicht ersehen.

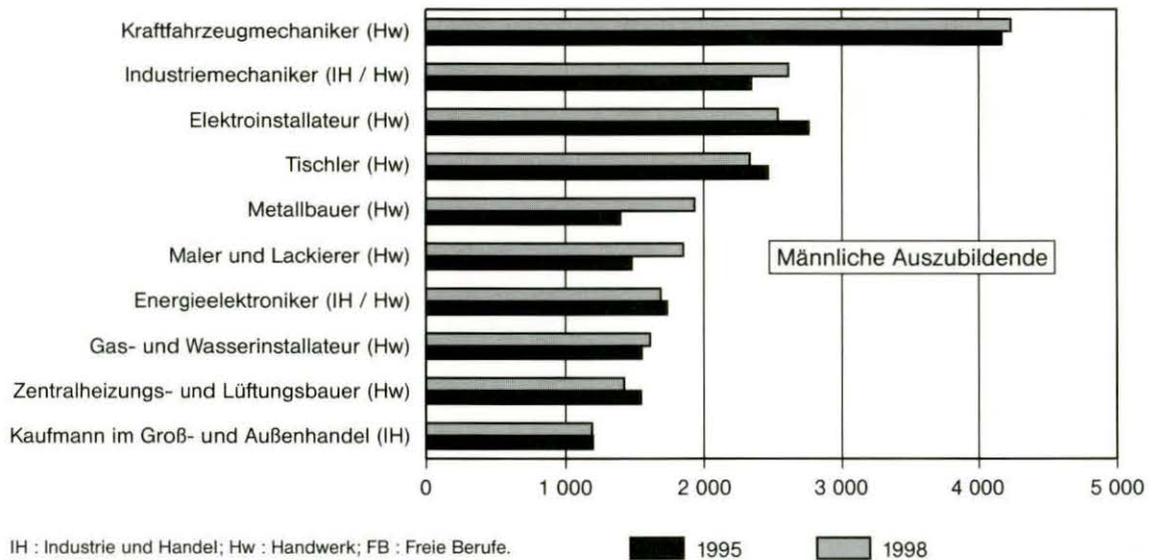
Auf die zehn am stärksten besetzten Berufe entfielen 36 % aller Ausbildungsverhältnisse. Nach wie vor belegte der Beruf Kraftfahrzeugmechanikerin/Kraftfahrzeugmechaniker mit 5,5 % aller Auszubildenden die Spitzenposition. 5,1 % wählten Bürokauffrau/Bürokaufmann und jeweils 3,5 % Industriekauffrau/Industriekaufmann bzw. Arzthelferin/Arzthelfer. Relativ starke Besetzungen zeigten sich auch in den Berufen Industriemechanikerin/Industriemechaniker mit 3,4 %, Kauffrau/Kaufmann im Einzelhandel und Elektroinstallateurin/Elektroinstallateur mit jeweils 3,3 % sowie Tischlerin/Tischler (3,1 %), Frisörin/Frisör (2,7 %) und Bankkauffrau/Bankkaufmann (2,6 %). Die gleichen zehn Lehrberufe bildeten auch 1995 die „Berufshitliste“, allerdings in etwas anderer Reihenfolge, wobei auch vor drei Jahren die Berufe Kraftfahrzeugmechanikerin/Kraftfahrzeugmechaniker und Bürokauffrau/Bürokaufmann die Rangskala anführten.

Bei den Männern wurde die Rangfolge der von ihnen am stärksten besetzten zehn Ausbildungsberufe von knapp 45 % der „Azubis“ bestimmt. Mit Ausnahme des Kaufmanns im Groß- und Außenhandel zählten alle Berufe dieser männlichen Hitliste zum gewerblich-technischen Bereich. Unangefochten an der Spitze stand der Kraftfahrzeugmechaniker, zu dem 8,8 % der männlichen Jugendlichen ausgebildet wurden, gefolgt vom Industriemechaniker (5,4 %), Elektroinstallateur (5,3 %), Tischler (4,8 %) und Metallbauer (4 %). Aber auch die Berufe Maler und Lackierer (3,9 %), Energieelektroniker (3,5 %), Gas- und Wasserinstallateur (3,3 %), Zentralheizungs- und Lüftungsbauer (2,9 %) und Kaufmann im Groß- und Außenhandel (2,5 %) nahmen in der Besetzungsskala vordere Plätze ein. Gegenüber 1995 ist lediglich der Kaufmann des Groß- und Außenhandels an Stelle des Maurers neu in die „Top Ten“ gekommen. Dieser belegte 1998 den 11. Rang.

Bürokauffrau nun stärkster weiblicher Ausbildungsberuf

Bei den Frauen ist die Konzentration auf die zehn am häufigsten gewählten Berufe noch stärker ausgeprägt als bei den Männern, obwohl ihnen mittlerweile fast

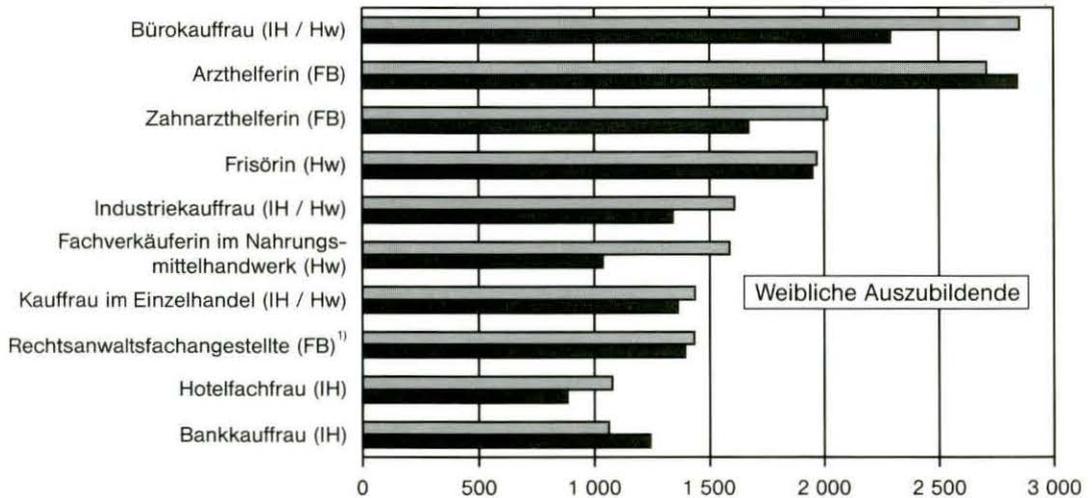
Auszubildende 1995 und 1998 in den aktuell am stärksten besetzten Ausbildungsberufen



IH : Industrie und Handel; Hw : Handwerk; FB : Freie Berufe.

■ 1995

■ 1998



1) 1995 Rechtsanwaltsgehilfin (FB).

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 96/99

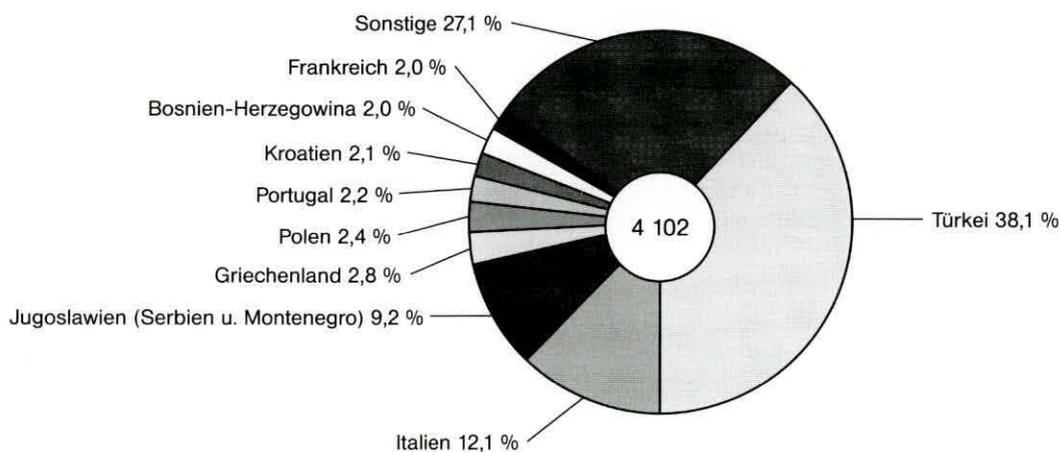
jeder der anerkannten Ausbildungsberufe offensteht. 1998 waren – wie schon 1995 – rund 59 % aller weiblichen „Lehrlinge“ in einem dieser Berufe vertreten. Der am häufigsten gewählte Ausbildungsberuf der Frauen war 1998 Bürokauffrau mit 9,4 % aller weiblichen Auszubildenden. Traditionell bevorzugt vom weiblichen Geschlecht werden daneben insbesondere Gesundheitsdienstberufe. 9 % der weiblichen Auszubildenden besaßen 1998 einen Ausbildungsvertrag als Arzthelferin und 6,7 % als Zahnarzthelferin. Bemerkenswert ist, dass der seit Jahren an der Spitze liegende Beruf der Arzthelferin auf den 2. Platz zurück fiel. In der Rangliste folgen die Berufe der Frisörin (6,5 %), Industriekauffrau (5,3 %), Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandel (5,3 %), Kauffrau im Einzelhandel (4,8 %) und der Rechtsanwaltsfachangestellten (4,7 %). Ebenfalls stark

gefragt waren die Berufe Hotelfachfrau mit 3,6 % und Bankkauffrau mit 3,5 % aller weiblichen Auszubildenden. Gegenüber 1995 gab es einige Verschiebungen innerhalb der Reihenfolge, jedoch konnte kein anderer Beruf in diese Phalanx eindringen.

Rückgang bei ausländischen Auszubildenden

1998 hatten von den Auszubildenden 4 102 (5,2 %) einen ausländischen Pass. Damit hat sich der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang ausländischer Auszubildender weiter fortgesetzt. 1995 hatten die ausländischen „Lehrlinge“ mit 4 544 Auszubildenden (6,4 %) ihren bisher höchsten Stand erreicht. Die Konzentration auf den Sektor der gewerbli-

Ausländische Auszubildende 1998 nach dem Land der Staatsangehörigkeit



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 97/99

chen Wirtschaft war bei den ausländischen Jugendlichen im Jahr 1998 mit 89 % noch stärker ausgeprägt als bei den Deutschen mit 83 %. Über 54 % der Ausländer erlernten einen handwerklichen Beruf, knapp 35 % wurden in Industrie und Handel und 9,2 % in den freien Berufen ausgebildet. Die übrigen drei Ausbildungsbe-
reiche waren hier mit insgesamt 1,7 % von eher unterge-
ordneter Bedeutung.

Die Gliederung der ausländischen Auszubildenden nach der Staatsangehörigkeit entspricht weitgehend der der ausländischen Arbeitnehmer insgesamt. Die türkischen Auszubildenden stellten mit 1 564 Personen (38 %) die weitaus größte Gruppe. Es folgten mit großem Abstand italienische und jugoslawische „Lehrlinge“, die Anteile von 12 bzw. 9,2 % erreichten. Außerdem stammten 2,8 % der ausländischen Auszubildenden aus Grie-

chenland, 2,4 % aus Polen, 2,2 % aus Portugal, 2,1 % aus Kroatien und jeweils 2 % aus Bosnien - Herzegowina sowie aus Frankreich. Die übrigen 27 % verteilten sich auf sonstige Nationalitäten.

Immer noch wenig Mädchen in typischen „Männerberufen“

Das Interesse bzw. die Möglichkeiten weiblicher Jugendlicher, einen so genannten „Männerberuf“ zu erlernen, hielten sich in engen Grenzen. So lassen sich in einigen dieser Berufe zunehmende, in anderen wiederum rückläufige Frauenquoten beobachten. Die Spanne der Anteilswerte weiblicher „Lehrlinge“ an der Gesamtzahl der Auszubildenden in zwölf ausgewählten typischen „Männerberufen“ reichte 1998 von 0,3 %

Auszubildende 1995 und 1998 nach dem Geschlecht in zwölf ausgewählten typischen „Männerberufen“

Ausbildungsberuf (Ausbildungsbereich)	1995			1998		
	insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich	
		Anzahl	%		Anzahl	%
Bäckerin/Bäcker (Hw)	761	143	18,8	1 107	214	19,3
Dachdeckerin/Dachdecker (Hw)	698	11	1,6	812	18	2,2
Elektroinstallateurin/Elektroinstallateur (Hw)	2 779	16	0,6	2 552	17	0,7
Fleischerin/Fleischer (Hw / IH)	366	12	3,3	595	22	3,7
Gas- und Wasserinstallateurin/ Gas- und Wasserinstallateur (Hw)	1 563	12	0,8	1 623	13	0,8
Kraftfahrzeugmechanikerin/Kraftfahrzeug- mechaniker (Hw)	4 263	94	2,2	4 300	67	1,6
Maler- und Lackiererin/Maler und Lackierer (Hw)	1 687	210	12,4	2 041	188	9,2
Maurerin/Maurer (Hw / IH)	1 537	-	-	1 189	3	0,3
Metallbauerin/Metallbauer (Hw)	1 413	19	1,3	1 949	19	1,0
Tischlerin/Tischler (Hw)	2 626	160	6,1	2 456	125	5,1
Zentralheizungs- und Lüftungsbauerin/ Zentralheizungs- und Lüftungsbauer (Hw)	1 547	1	0,1	1 429	10	0,7
Zimmererin/Zimmerer (Hw / IH)	702	9	1,3	687	8	1,2

Hw : Handwerk; IH : Industrie und Handel.

beim Maurer bis zu 19,3% beim Bäcker. Relativ hohe weibliche Anteile wurden außer im Bäckerhandwerk auch in den Berufen des Malers und Lackierers mit 9,2% sowie des Tischlers mit 5,1% verzeichnet. Bemerkenswert ist auch der Frauenanteil im Fleischerhandwerk mit 3,7%.

Zahlenmäßig am stärksten waren die weiblichen Auszubildenden Ende 1998 im Bäckerhandwerk mit 214 Personen sowie im Maler- und Lackiererhandwerk mit 188 und im Tischlerhandwerk mit 125 Personen vertreten. Während für den Maurerberuf 1995 kein weiblicher „Lehrling“ registriert wurde, bestanden Ende 1998 drei Verträge.

Die meisten Neuabschlüsse erfolgten in Industrie und Handel

1998 wurden 30 411 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Hierbei sind nur solche Verträge registriert, die im Berichtsjahr angetreten wurden und am Jahresende noch bestanden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich 1998 die Zahl der Jugendlichen, die eine Ausbildung begannen, um 1 204 oder 4,1% erhöht. 18 110 Neuverträge wurden von Männern und 12 301 von Frauen abgeschlossen. Das waren bei den männlichen Auszubildenden 671 und bei den weiblichen 533 Neuverträge mehr als im Jahr zuvor. Damit wuchs die Zahl der Vertragsabschlüsse von Frauen mit 4,5% deutlich stärker als die von Männern mit 3,8%.

Insgesamt 13 671 oder 45% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge entfielen 1998 auf den Bereich Industrie und Handel. Dies sind 1,3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Zweitgrößter Ausbildungsbereich blieb das Handwerk mit 12 222 Neuabschlüssen (40%). Der Anteil an der Gesamtzahl der Neuverträge war hier gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. In den Jahren 1993 bis 1996 war das Handwerk jeweils der Ausbildungsbereich mit den meisten

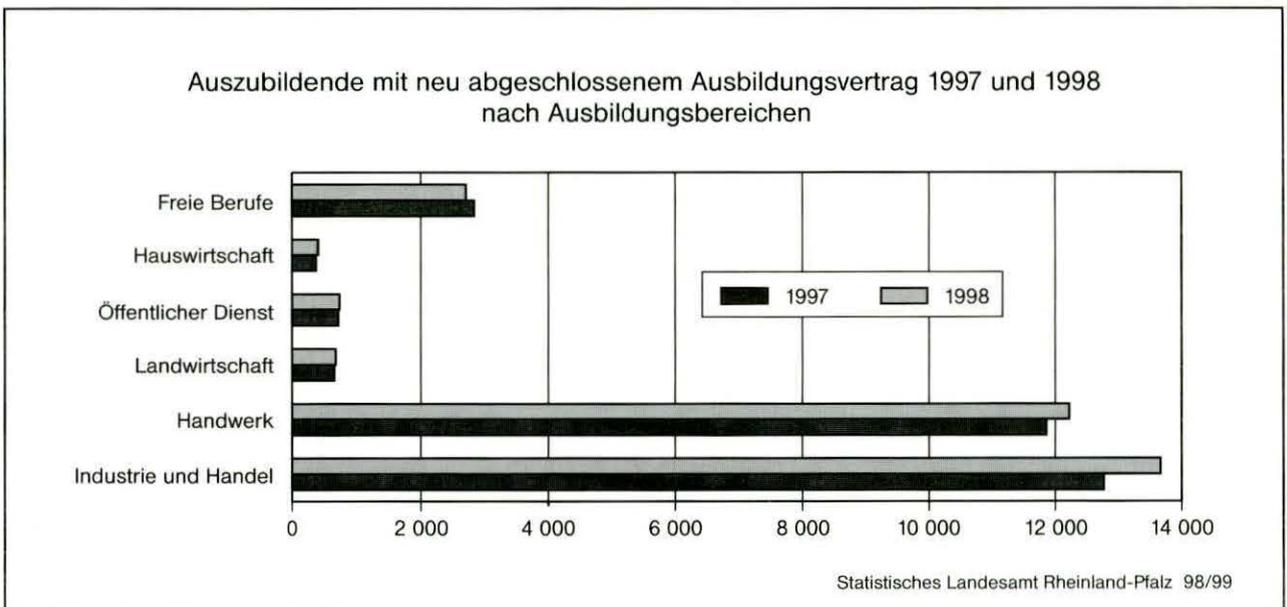
Neuabschlüssen gewesen. Der Bereich Freie Berufe konnte 1998 insgesamt 8,9% aller neuen Auszubildenden auf sich vereinigen; im Vorjahr waren es noch 9,7% gewesen. Die übrigen drei Ausbildungsbereiche sind auch bei den Neuabschlüssen von geringerer Bedeutung. Ihre Anteile betragen im Jahr 1998: 2,4% (öffentlicher Dienst), 2,2% (Landwirtschaft) und 1,3% (Hauswirtschaft).

Mit Ausnahme der freien Berufe haben 1998 alle Ausbildungsbereiche bei den Neuverträgen Zuwächse zu verzeichnen. Der absolut (+910) und prozentual (+7,1%) höchste Anstieg wurde im Bereich Industrie und Handel registriert. Das Handwerk meldete eine Zunahme von 361 (+3%), der öffentliche Dienst von 25 (+3,5%), die Hauswirtschaft von 23 (+6,1%) und die Landwirtschaft von 17 (+2,6%) Verträgen gegenüber dem Vorjahr. Dagegen sank die Zahl der Neuabschlüsse bei den freien Berufen um 132 (-4,6%). Schon im Jahr 1997 war hier gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 195 Verträgen (-6,4%) registriert worden.

Unterschiedliche schulische Vorbildung in den Ausbildungsbereichen

Angesichts der anhaltend gespannten Arbeitsmarktlage kommt dem erreichten Schulabschluss eine immer größere Bedeutung zu. Seit Änderung des Erhebungsprogramms der Berufsbildungsstatistik liegen ab dem Berichtsjahr 1993 für alle Ausbildungsbereiche einheitliche und vollständige Angaben über die schulische Vorbildung der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag vor. Die Zuordnung erfolgt entweder nach dem zuletzt erreichten Abschluss oder nach der zuletzt besuchten Schule.

Im Jahr 1998 starteten gut 33% aller Auszubildenden mit einem Hauptschulabschluss in die Berufsausbildung. An zweiter Stelle folgten mit über 28% die Neuan-



Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag 1998 nach Ausbildungsbereichen und schulischer Vorbildung

Schulische Vorbildung bzw. zuletzt erreichter Abschluss Geschlecht	Insgesamt	Industrie und Handel ¹⁾	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst ²⁾	Hauswirtschaft	Freie Berufe
Ohne Hauptschulabschluss	663	57	459	30	–	115	2
Mit Hauptschulabschluss	10 278	2 750	6 722	270	159	103	274
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	8 636	4 662	2 269	221	354	23	1 107
Hochschul-/Fachhochschulreife	3 783	2 927	403	80	126	–	247
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr	896	294	476	7	–	84	35
Berufsfachschule	3 123	2 156	560	16	87	64	240
Berufsvorbereitungsjahr	1 124	218	877	13	1	7	8
Sonstige und ohne Angabe	1 908	607	456	33	12	4	796
Insgesamt	30 411	13 671	12 222	670	739	400	2 709
männlich	18 110	7 639	9 460	505	355	18	133
weiblich	12 301	6 032	2 762	165	384	382	2 576

1) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe. – 2) Ohne Beamtenanwärter.

fänger mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluss. Damit blieben Hauptschulabschluss und Mittlere Reife die häufigsten schulischen Vorbildungen bei Eintritt in eine duale Berufsausbildung. Allerdings haben sich ihre Anteile gegenüber 1993 deutlich verändert. Damals waren Auszubildende mit Hauptschulabschluss (41 %) deutlich stärker repräsentiert. Auszubildende mit Mittlerer Reife (23 %) folgten mit einigem Abstand. 12 % der Berufsanfänger besaßen 1998 die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Damit ist dieser Anteil gegenüber 1993 um 1,4 Prozentpunkte gestiegen. Ferner hatten 1998 gut 10 % der neuen „Lehrlinge“ eine Berufsfachschule, 3,7 % ein Berufsvorbereitungsjahr und 2,9 % ein schulisches Berufsgrundbildungsjahr abgeschlossen. 2,2 % der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag besaßen keinen Hauptschulabschluss. 1993 waren es noch 3,5 % gewesen.

In den einzelnen Ausbildungsbereichen ist das Qualifikationsniveau recht unterschiedlich. In Industrie und Handel konnten 1998 über 21 % der Ausbildungsanfänger eine Fachhochschul- oder Hochschulreife nachweisen. In keinem anderen Ausbildungsbereich war der Anteil der Abiturienten und der Absolventen mit Fachhochschulreife so hoch. 34 % der Berufsanfänger in Industrie und Handel hatten vor Antritt der Ausbildung einen Realschulabschluss, 20 % den Hauptschulabschluss und knapp 16 % einen Abschluss an einer Berufsfachschule erreicht.

Unter den Ausbildungsanfängern im Handwerk wurden 55 % mit Hauptschul- und knapp 19 % mit Realschulabschluss registriert. Lediglich 3,3 % hatten eine Fachhochschul- oder Hochschulreife. In der Landwirtschaft dominierten der Hauptschulabschluss mit 40 % und der Realschulabschluss mit 33 %. Immerhin knapp 12 % der Berufsanfänger hatten hier eine Fachhochschul- oder Hochschulreife vorzuweisen. Von den Neuauszubildenden im öffentlichen Dienst hatten fast die Hälfte einen Realschulabschluss und knapp 22 % die Hauptschule erfolgreich absolviert.

Berufsanfänger ohne Abschluss einer Hauptschule waren am stärksten in der Hauswirtschaft vertreten. Ihr Anteil lag bei 29 %. Knapp 26 % hatten in diesem

Bereich einen Hauptschulabschluss, 21 % konnten die erfolgreiche Teilnahme am schulischen Berufsgrundbildungsjahr und 16 % die Berufsfachschule nachweisen. In den freien Berufen waren Ausbildungsanfänger mit Realschulabschluss mit 41 % am häufigsten vertreten, gut 29 % entfielen auf die Gruppe „Sonstige schulische Vorbildung“.

Zunahme der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge

Ein Ausbildungsverhältnis kann vor Ablauf der im Berufsausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöst werden. In der Statistik werden alle vorzeitig beendeten Ausbildungsverhältnisse während des Kalenderjahres erfasst, allerdings ohne Ausbildungsverträge, die vor Vertragsantritt wieder gelöst wurden. Eine vorzeitige Lösung des Ausbildungsverhältnisses liegt dann vor, wenn für den Auszubildenden de facto die Ausbildung in dem Betrieb vor Erreichen des Ausbildungsziels endet. Als vorzeitige Lösung zählt nicht, wenn sich beispielsweise wegen eines Rechtsform- oder Eigentümerwechsels das Ausbildungsverhältnis ändert und deshalb formal eine vorzeitige Lösung des bisherigen Vertrages vorgenommen und ein neuer abgeschlossen wird.

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge 1998 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Insgesamt		Darunter in der Probezeit	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Industrie und Handel ¹⁾	2 008	30,8	617	30,7
Handwerk	3 536	54,3	641	18,1
Landwirtschaft	208	3,2	69	33,2
Öffentlicher Dienst ²⁾	15	0,2	–	–
Hauswirtschaft	15	0,2	8	53,3
Freie Berufe	727	11,2	256	35,2
Insgesamt	6 509	100	1 591	24,4

1) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe. – 2) Ohne Beamtenanwärter.

Teilnehmende an Abschlussprüfungen 1998 nach Ausbildungsbereichen und Prüfungserfolg

Merkmal	Einheit	Insgesamt	Industrie und Handel ¹⁾	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst ²⁾	Hauswirtschaft	Freie Berufe
Insgesamt	Anzahl	24 237	10 903	9 186	579	578	554	2 437
männlich	Anzahl	14 477	6 122	7 530	396	301	14	114
weiblich	Anzahl	9 760	4 781	1 656	183	277	540	2 323
darunter								
mit vorzeitiger Zulassung	Anzahl	481	399	–	21	3	–	58
Prüfungswiederholer	Anzahl	2 663	944	1 389	80	38	25	187
darunter								
Teilnehmer mit bestandener Prüfung	Anzahl	20 337	9 743	6 994	508	516	418	2 158
	%	83,9	89,4	76,1	87,7	89,3	75,5	88,6
männlich	Anzahl	11 808	5 505	5 580	341	267	11	104
	%	81,6	89,9	74,1	86,1	88,7	78,6	91,2
weiblich	Anzahl	8 529	4 238	1 414	167	249	407	2 054
	%	87,4	88,6	85,4	91,3	89,9	75,4	88,4

1) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe. – 2) Ohne Beamtenanwärter.

Die Angaben über vorzeitige Vertragsauflösungen geben keinen Aufschluss über die individuellen Kündigungsgründe der Vertragspartner. Auch erlauben sie keine Aussagen über den weiteren beruflichen oder schulischen Werdegang des Ex-Auszubildenden nach der Kündigung.

Im Berichtsjahr 1998 wurden 6 509 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Das entspricht einer Zunahme um 704 Vertragsauflösungen oder um gut 12 % gegenüber dem Vorjahr. Mit 54 % der vorzeitigen Kündigungen meldete das Handwerk die weitaus meisten Vertragsauflösungen. Ferner entfielen von den vorzeitigen Lösungen 31 % auf Industrie und Handel, 11 % auf die freien Berufe, 3,2 % auf die Landwirtschaft und jeweils 0,2 % auf die beiden übrigen Ausbildungsbereiche Öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft.

1 591 Verträge wurden in den ersten drei Monaten des Ausbildungsverhältnisses, der so genannten Probezeit, vorzeitig gelöst. Dies entspricht fast einem Viertel aller Vertragskündigungen. Überdurchschnittlich hoch war dieser Anteil in der Hauswirtschaft mit 53 %. Es folgten die freien Berufe und die Landwirtschaft mit 35 bzw. 33 %. In den beiden großen Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk lagen die Anteile der Vertragslösungen in der Probezeit bei 31 bzw. 18 %. Im öffentlichen Dienst wurde kein Vertragsverhältnis in den ersten drei Monaten beendet.

Erfolgsquote bei Frauen höher als bei Männern

Nach dem Berufsbildungsgesetz sind am Ende der Berufsausbildung Abschlussprüfungen abzulegen. Hier wird festgestellt, ob der Auszubildende über die vorgeschriebenen Fertigkeiten und Kenntnisse verfügt. Zur Abschlussprüfung wird zugelassen, wer eine der Aus-

bildungsordnung entsprechende Berufsausbildung durchlaufen hat. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Berufstätige ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung, jedoch mit langjähriger Praxis (zum Beispiel Berufskraftfahrer), sowie Personen, die in berufsbildenden Schulen oder sonstigen Einrichtungen ausgebildet worden sind, an Abschlussprüfungen teilnehmen. Diese so genannten „externen“ Prüfungsteilnehmer sind in den Ergebnissen enthalten; ihre Zahl ist jedoch sehr gering.

Im Jahr 1998 nahmen 24 237 Personen, 14 477 Männer (60 %) und 9 760 Frauen (40 %), an Abschlussprüfungen in der beruflichen Bildung teil. 2 663 Auszubildende (11 %) wiederholten die Prüfung und 481 Personen (2 %) wurden wegen besonderer Leistungen vor Ablauf ihrer Ausbildungszeit zur Abschlussprüfung zugelassen. Die meisten Prüfungen wurden in der gewerblichen Wirtschaft absolviert, und zwar 10 903 in Industrie und Handel (45 %) und 9 186 im Handwerk (38 %). In den freien Berufen wurden 2 437 (10 %), in der Landwirtschaft 579 (2,4 %), im öffentlichen Dienst 578 (2,4 %) und in der Hauswirtschaft 554 (2,3 %) Abschlussprüfungen abgelegt.

Von den 24 237 zur Abschlussprüfung angetretenen Personen bestanden 20 337 (84 %). Dabei waren Frauen mit 87 % deutlich erfolgreicher als Männer mit 82 %. Mit jeweils 89 % lagen die Erfolgsquoten in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Öffentlicher Dienst und Freie Berufe am höchsten. Auch die Teilnehmer an Abschlussprüfungen vor den Prüfungsausschüssen in der Landwirtschaft waren zu 88 % erfolgreich. Dagegen fielen die Erfolgsquoten im Handwerk und in der Hauswirtschaft mit jeweils 76 % weniger günstig aus.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hans-Jürgen Weber

Neukonzeption der Produktionserhebungen

Die Statistiken im produzierenden Gewerbe wurden seit der Reform der Industriestatistik Mitte der 70er Jahre im Wesentlichen nach einem unveränderten Konzept durchgeführt. Da sie den wichtigsten Kern der Konjunkturberichterstattung darstellen, blieben sie von den Statistikbereinigungsgesetzen der Vergangenheit weitgehend unberührt. Im Rahmen der Diskussion, wie die Mehranforderungen der Europäischen Union angesichts der in den statistischen Ämtern vorhandenen knappen Personalkapazitäten erfüllt werden können, wurde unter anderem auch eine Neukonzeption der Statistiken im produzierenden Gewerbe gefordert. Im Herbst 1997 wurde daraufhin eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die Vorschläge zur Verschlankeung der statistischen Erhebungen in diesem Bereich erarbeiten sollte. Das wichtigste Ergebnis dieser Arbeit ist die Neukonzeption der monatlichen und vierteljährlichen Produktionsstatistiken, die mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2036) eine rechtliche Grundlage erhielt.

Starke Belastung der Wirtschaft durch alte Produktionsstatistik

Die Produktionsstatistik bestand bisher aus zwei getrennten Erhebungen, die auf der Grundlage von unterschiedlichen Gütersystematiken durchgeführt wurden. Im Rahmen der vierteljährlichen Produktionserhebung wurde bei den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten die gesamte Produktpalette nach dem rund 6 400 Güterarten umfassenden „Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken“ abgefragt. Diese Statistik, die in erster Linie Produktionsstrukturen abbilden sollte, wurde durch eine monatliche Statistik, den so genannten Produktions-Eilbericht ergänzt, dessen ausschließlicher Zweck darin bestand, Ausgangsdaten für die Berechnung des monatlichen Produktionsindex zu liefern. Im Rahmen des Produktions-Eilberichts wurde bei allen zur vierteljährlichen Produktionserhebung auskunftspflichtigen Betrieben monatlich die Produktion von maximal 1 000 ausgewählten Gütern bzw. Gütergruppen nach einer von dem „Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken“ abweichenden Systematik, der so genannten „Erzeugnisliste zum Produktions-Eilbericht“, ermittelt. Als Nachteil erwies sich vor allem, dass bei dieser Vorgehensweise eine Vielzahl von relativ kleinen Unternehmen zusätzlich zur vierteljährlichen Statistik monatlich melden musste, und zwar dann, wenn sie zufälligerweise eines der in der Erzeugnisliste genannten Produkte hergestellt hatten. Die Verwendung von zwei unterschiedlichen Nomenklaturen führte außerdem dazu, dass die Firmen monatlich und vierteljährlich unterschiedliche Aufzeichnungen über ihre Produktionsstätigkeit machen mussten, die nicht ineinander überführbar waren.

Vermeidung von Doppelmeldungen bei der neuen Produktionsstatistik

Das neue Konzept der produktionsstatistischen Erhebungen, das seit Januar 1999 in allen statistischen Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 8/99

Landesämtern angewandt wird, geht davon aus, dass die monatliche Produktionserhebung, die den bisherigen Produktions-Eilbericht ablöst, wie bisher ausschließlich zur Berechnung von Produktionsindizes dient. Hierfür genügen allerdings repräsentative Produktionsmeldungen. Um verlässliche Ergebnisse über die konjunkturelle Entwicklung einer Branche zu erhalten, werden dementsprechend nur so viele Betriebe zur monatlichen Produktionserhebung herangezogen wie erforderlich sind, um mindestens 75 % des Produktionswertes eines jeden Wirtschaftszweiges zu erreichen.

Um möglichst viele kleinere und mittlere Betriebe von der monatlichen Berichterstattung zu entlasten, werden nur die größten Einheiten der einzelnen Wirtschaftszweige befragt. Die Auswahl erfolgt einmal im Jahr anhand der Werte der Jahresproduktion. Dazu werden die Betriebe für jeden fachlichen Wirtschaftszweig nach der Höhe ihres Produktionswertes in diesem Wirtschaftszweig sortiert. Ausgehend von dem größten Betrieb werden dann so lange Einheiten in die Auswahl für die Monatsmelder aufgenommen, bis der geforderte Mindestanteil am Produktionswert des betreffenden Wirtschaftszweiges erreicht ist.

Da die für die monatliche Produktionserhebung ausgewählten Betriebe (Monatsmelder) nunmehr ihre gesamte Produktpalette melden müssen, brauchen diese nicht mehr zur vierteljährlichen Produktionserhebung herangezogen zu werden. Hierzu müssen wiederum lediglich die Firmen des bisherigen Berichtskreises (alle Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) berichten, die nicht bereits Monatsmelder sind. Um im Rahmen der vierteljährlichen Produktionsstatistik wie bisher die gesamte Produktionsstruktur abbilden zu können, werden im Statistischen Landesamt die monatlichen Meldungen pro Betrieb zu einem Vierteljahresergebnis aggregiert und mit den Daten der Vierteljahresmelder zusammengeführt. Dieses Vorgehen wurde dadurch möglich, dass jetzt beiden Erhebungen, der monatlichen und der vierteljährlichen, die gleiche Gütersystematik, und zwar das „Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 95)“, zugrunde liegt.

Zusammengefasst stellt sich das neue Konzept der Produktionserhebungen für die auskunftspflichtigen Firmen wie folgt dar:

- Sowohl die Monats- als auch die Vierteljahresmeldungen erfolgen nach ein und derselben Systematik, und zwar dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 95).
- Jeder Betrieb wird nur zu einer der beiden Erhebungen herangezogen, entweder zur monatlichen oder zur vierteljährlichen Produktionserhebung.
- Die künftigen Monatsmelder berichten über die Produktion aller von ihnen hergestellten Erzeugnisse (und nicht wie bisher nur für ausgewählte Waren bzw. Warengruppen).

Ein Drittel weniger Monatsmelder

Mit der Einführung der neuen Produktionserhebungen ab Januar 1999 war vor allem eine spürbare Entlas-

tung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten verbunden. Am günstigsten wirkte sich dabei aus, dass monatlich nur noch die größeren Betriebe melden müssen, die in der Regel auch über ein umfassendes Rechnungswesen verfügen. Ein erfreulicher Nebeneffekt der neuen Auswahlmethode ist eine wesentliche Reduzierung des monatlichen Berichtskreises. Während bis Dezember 1998 in Rheinland-Pfalz noch 1 238 Betriebe zum monatlichen Produktions-Eilbericht auskunftspflichtig waren, müssen ab Januar 1999 nur noch 818 Betriebe monatlich zur Produktionserhebung melden. Durch den Verzicht auf die vierteljährliche Berichterstattung der Monatsmelder reduzierte sich der Berichtskreis der vierteljährlichen Produktionserhebung von bisher 2 196 auf jetzt nur noch 1 366 Betriebe. Die Gesamtzahl der Meldungen pro Jahr geht damit von 23 640 im Jahr 1998 auf 15 280 zurück. Das sind 8 360 Meldungen oder 35% weniger als bei den bisherigen Produktionserhebungen.

Im Gegensatz zu der berichtspflichtigen Wirtschaft ist in den statistischen Landesämtern keine spürbare Reduzierung des Arbeitsaufwandes festzustellen. Dies ist dadurch zu erklären, dass sich hier durch die Ausdehnung des Frageprogramms bei den Monatsmeldern auf die gesamte Produktion auch der Prüfaufwand entsprechend erhöht hat. Dazu kommen die Arbeiten im Zusammenhang mit dem einmal im Jahr abzuwickelnden Auswahlverfahren.

Berichtsfirmen mit dem neuen Konzept überwiegend zufrieden

Die Einführung des neuen Konzepts der Produktionserhebungen wurde von den Firmen überwiegend positiv aufgenommen. Dabei hat sich die Tatsache, dass sie nur noch zu einer der beiden Erhebungen, das heißt entweder zur monatlichen oder zur vierteljährlichen Statistik, melden müssen, als besonders vorteilhaft erwiesen. Der Zwang zur Doppelmeldung hatte in der Vergangenheit nämlich häufig zu Unverständnis und Verärgerung geführt.

Nicht übersehen werden darf dabei allerdings, dass es auch Firmen gibt, die durch das neue Konzept zusätzlich belastet wurden. Es handelt sich dabei um diejenigen Betriebe, die seinerzeit keine der ausgewählten 1 000 Warenarten hergestellt haben und daher vom monatlichen „Produktions-Eilbericht“ ausgenommen geblieben waren, jetzt aber auf Grund der neuen Kriterien als Monatsmelder ausgewählt wurden. Dass nur in sehr geringem Umfang Beschwerden von dieser Seite aufgetreten sind, ist dadurch zu erklären, dass es sich hierbei meist um größere Firmen handelt. Geht man davon aus, dass auch bei einer vierteljährlichen Meldeweise monatlich Aufzeichnungen notwendig sind, die vom Betrieb erst noch zum Quartalsergebnis aggregiert werden müssen, so relativiert sich jedoch auch der für die neuen Monatsmelder zusätzliche Aufwand.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Bevölkerungsprognose 1997 bis 2012

Eine neue regionale Bevölkerungsprognose bestätigt im Wesentlichen die Ergebnisse der vorangegangenen Vorausschätzungen. Danach wird die rheinland-pfälzische Bevölkerung aufgrund der anhaltenden Zuwanderungen zunächst noch wachsen, langfristig aber stetig abnehmen. Neben diesen vergleichsweise geringen Änderungen in der globalen Bevölkerungszahl sind aber tiefgreifende Wandlungen in der Altersstruktur zu erwarten.

Das Statistische Landesamt führt jährlich für die 36 Landkreise und kreisfreien Städte des Landes eine Bevölkerungsprognose mit einem Prognosehorizont von 15 Jahren durch. Die Berechnungen der aktuellen Vorausschätzung basieren auf der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 1997 und berücksichtigen die neuere Entwicklung der Wanderungen sowie der Geburten und Sterbefälle bis zu diesem Zeitpunkt. Für die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden werden Ergebnisse ohne Heranziehung eines Wanderungsansatzes ermittelt, da bei tieferer regionaler Gliederung die hierfür zu treffenden Annahmen naturgemäß mit größeren Unsicherheiten behaftet sind.

Wanderungsannahmen problematisch

Die über Trendberechnungen altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern prognostizierten Geborenenzahlen unterstellen eine insgesamt gesehen etwa gleich bleibende Geburtenhäufigkeit. Wegen entsprechender Altersstrukturveränderungen – es wird immer weniger in Betracht kommende Elternjahrgänge geben – führt dies aber zu deutlich rückläufigen Geborenenzahlen. Für die Prognose der Sterbefälle werden Trendberechnungen alters- und geschlechtsspezifischer Sterbeziffern durchgeführt. Trotz der zunehmenden Lebenserwartung wächst die Zahl der Gestorbenen im Prognosezeitraum, da die Zahl älterer Menschen immer weiter steigt. Kreisspezifischen Unterschieden im generativen Verhalten und bei der Sterblichkeit wird Rechnung getragen.

Als besonders problematisch erweist sich regelmäßig die Festlegung der Wanderungsannahmen, da sich hier Änderungen der Einflussgrößen schon relativ kurzfristig auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken können. Das Modell sieht für die Prognose der in den letzten Jahren bereits erheblich gesunkenen Zuwanderungen aus dem Ausland eine weiterhin deutlich rückläufige Ent-

Bevölkerung 1997 – 2012 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	1997	2000	2002	2005	2008	2010	2012
Anzahl							
unter 3	123 539	114 232	108 769	102 242	98 722	97 590	97 044
3 – 6	131 488	128 430	123 884	113 238	106 201	103 114	101 246
6 – 10	188 398	183 509	177 774	172 333	157 918	150 670	144 934
10 – 16	264 002	282 388	289 638	282 555	271 290	261 322	250 089
16 – 19	129 963	131 906	134 655	145 210	145 921	140 507	135 316
19 – 25	251 387	258 710	260 997	264 742	275 125	282 209	281 836
25 – 40	968 851	911 182	868 320	804 175	752 081	728 723	719 941
40 – 60	1 049 921	1 066 678	1 099 931	1 169 928	1 216 473	1 213 806	1 201 237
60 – 75	627 991	668 791	673 944	655 067	653 508	659 543	660 347
75 und älter	282 288	302 462	316 213	336 903	343 754	358 004	373 348
unter 20	878 709	883 728	877 088	860 707	826 701	800 038	774 324
20 – 65	2 471 055	2 466 423	2 450 152	2 406 978	2 399 595	2 407 967	2 408 834
65 und älter	668 064	698 137	726 885	778 708	794 697	787 483	782 180
Insgesamt	4 017 828	4 048 288	4 054 125	4 046 393	4 020 993	3 995 488	3 965 338
Anteil der Altersgruppen in %							
unter 3	3,1	2,8	2,7	2,5	2,5	2,4	2,4
3 – 6	3,3	3,2	3,1	2,8	2,6	2,6	2,6
6 – 10	4,7	4,5	4,4	4,3	3,9	3,8	3,7
10 – 16	6,6	7,0	7,1	7,0	6,7	6,5	6,3
16 – 19	3,2	3,3	3,3	3,6	3,6	3,5	3,4
19 – 25	6,3	6,4	6,4	6,5	6,8	7,1	7,1
25 – 40	24,1	22,5	21,4	19,9	18,7	18,2	18,2
40 – 60	26,1	26,3	27,1	28,9	30,3	30,4	30,3
60 – 75	15,6	16,5	16,6	16,2	16,3	16,5	16,7
75 und älter	7,0	7,5	7,8	8,3	8,5	9,0	9,4
unter 20	21,9	21,8	21,6	21,3	20,6	20,0	19,5
20 – 65	61,5	60,9	60,4	59,5	59,7	60,3	60,7
65 und älter	16,6	17,2	17,9	19,2	19,8	19,7	19,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahlen: 1997 = 100							
unter 3	100	92,5	88,0	82,8	79,9	79,0	78,6
3 – 6	100	97,7	94,2	86,1	80,8	78,4	77,0
6 – 10	100	97,4	94,4	91,5	83,8	80,0	76,9
10 – 16	100	107,0	109,7	107,0	102,8	99,0	94,7
16 – 19	100	101,5	103,6	111,7	112,3	108,1	104,1
19 – 25	100	102,9	103,8	105,3	109,4	112,3	112,1
25 – 40	100	94,0	89,6	83,0	77,6	75,2	74,3
40 – 60	100	101,6	104,8	111,4	115,9	115,6	114,4
60 – 75	100	106,5	107,3	104,3	104,1	105,0	105,2
75 und älter	100	107,1	112,0	119,3	121,8	126,8	132,3
unter 20	100	100,6	99,8	98,0	94,1	91,0	88,1
20 – 65	100	99,8	99,2	97,4	97,1	97,4	97,5
65 und älter	100	104,5	108,8	116,6	119,0	117,9	117,1
Insgesamt	100	100,8	100,9	100,7	100,1	99,4	98,7

wicklung von etwa 38 % bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraums vor. Die Zuwanderungen aus anderen Bundesländern werden auf der Grundlage alters- und geschlechtsspezifischer Zuzugsziffern der vergangenen Beobachtungsjahre prognostiziert. Die Anzahl der Fortzüge sowie deren Regionalverteilung ermittelt das Modell über nach Alter und Geschlecht differenzierte Fortzugsziffern auf der Grundlage eines Durchschnitts von fünf Beobachtungsjahren.

Erhebliche Altersstrukturveränderungen

Die Ergebnisse der neuen Bevölkerungsprognose zeigen eine wachsende Bevölkerung noch bis zum Ende des Jahres 2002. Mit 4 054 000 Personen wird die Bevölkerung dann gegenüber heute um 0,5 % zugenommen haben. Danach reichen die sinkenden Zuwanderungsüberschüsse nicht mehr aus, das ständig größer werdende Geburtendefizit auszugleichen, sodass die Bevölkerung abnehmen wird. Im Jahr 2012, dem Ende des 15 Jahre umfassenden Prognosezeitraums, werden der Prognose zufolge noch 3 965 000 Menschen in Rheinland-Pfalz leben.

Die für bestimmte Planungszwecke interessierenden Altersgruppen zeigen einen grundlegenden Wandel in der Altersstruktur auf. So wird beispielsweise die Anzahl der Personen, die 75 Jahre und älter sind, im Verlaufe des Prognosezeitraums um mehr als 30 % steigen. Umfasste diese Altersgruppe im Basisjahr noch 282 000 Personen, so wird für das Jahr 2012 ein Anstieg auf 373 000 Personen erwartet. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt damit von 7 auf 9,4 %. Die für die Kindergartenplanung wichtige Altersgruppe der 3- bis 6-jährigen wird hingegen deutlich abnehmen. Mit 101 000 Kindern dieses Alters liegt der Wert im letzten

Prognosejahr um 23 % unter dem des Jahres 1997. Die erwartete Entwicklung der für die verschiedenen Schulstufen relevanten Altersjahrgänge zeigt langfristig gesehen rückläufige Tendenzen, im Verlaufe des Prognosezeitraums aber differenzierte Entwicklungsverläufe. Der Geburtenentwicklung folgend wird die Altersgruppe der 6- bis 10-jährigen deutlich schrumpfen und damit eine Entlastung der Grundschulen mit sich bringen; 145 000 Kinder dieses Alters im Jahr 2012 bedeuten eine Abnahme von mehr als 23 % gegenüber dem Basisjahr. Dagegen zeigt die Zahl der 10- bis 16-jährigen – in diesem Alter wird normalerweise die Sekundarstufe I besucht – zunächst noch steigende Tendenz bis zum Jahr 2003; der für das letzte Prognosejahr errechnete Wert liegt dann aber um gut 5 % unter dem Basiswert. Einen schwankenden Verlauf weist die Prognose für die 16- bis 19-jährigen aus, deren Zahl im Verlauf der 15 Prognosejahre per Saldo um gut 4 % zunehmen wird. Zieht man als Indikator für die Entwicklung der Studentenzahlen die Altersgruppe der 19- bis 25-jährigen heran, so wird eine für die Universitäten noch steigende Belastung bis zum Jahr 2011 signalisiert; der Umfang dieser Altersgruppe wird bis dahin um mehr als 12 % wachsen.

Langfristige Modellrechnungen zeigen, dass sich die Altersstrukturveränderungen noch verstärken werden. Danach wird die Anzahl der 75 Jahre und älteren Personen bis zum Jahr 2030 auf über 400 000 und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung auf weit mehr als 11 % ansteigen.

Die Ergebnisse werden in einem Statistischen Bericht zusammengefasst, der beim Statistischen Landesamt angefordert werden kann. Darin sind außer den Vorausschätzungen auf Kreisebene auch Verbandsgemeindeangaben enthalten.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 010	4 020	4 017	4 018	4 018
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 876	1 814	1 136	1 601	2 471	827 ^P	1 256 ^P	1 479 ^P	2 375 ^P
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,4	3,3	4,8	7,2	2,7 ^P	3,7 ^P	4,5 ^P	6,9 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 473	3 303	3 211	3 219	3 243
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,4	9,9	9,4	9,7	9,5
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 559	4 117	3 560	3 541
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,6	12,1	10,8	10,4
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	18	14	19	11	9
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,2	4,3	5,7	3,5	2,7
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 128	- 256	- 906	- 341	- 298
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,8	- 2,7	- 1,0	- 0,9
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 948	8 967	7 884	8 295	7 342	7 278
Fortgezogene	Anzahl	7 381	8 116	7 397	7 433	6 896	6 474
Wanderungssaldo	Anzahl	1 567	851	487	862	446	804
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 861	13 867	12 362	13 560	12 218	10 955
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	163 768	156 654	166 002	158 880	151 631	164 501	156 582	150 906	144 696
Männer	Anzahl	94 978	88 177	96 369	90 774	85 710	94 663	88 342	83 838	79 596
Ausgewählte Berufsgruppen	Anzahl	10 360	9 021	11 062	.	.	.	9 500	.	.
Bauberufe	Anzahl	50 739	46 932	51 194	.	.	.	47 794	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	50 739	46 932	51 194	.	.	.	47 794	.	.
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,2	8,8	9,3	8,9	8,4	9,2	8,7	8,4	7,9
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	10,3	9,7	10,4	9,8	9,4	10,2	9,7	9,3	8,8
Offene Stellen	Anzahl	24 137	27 279	29 816	31 888	31 809	29 566	31 997	33 347	34 266
Ausgewählte Berufsgruppen	Anzahl	700	799	718	.	.	.	1 172	.	.
Bauberufe	Anzahl	700	799	718	.	.	.	1 172	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 800	5 719	5 074	.	.	.	5 885	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	7 114	4 316	6 428	5 802	3 945	6 472	7 387	5 126	5 533
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
Rinder	t	12 943	12 389	12 835	12 369	12 074	11 353	13 913	12 279	12 221
Kälber	t	3 348	3 196	3 458	3 392	2 757	2 830	3 778	3 224	2 719
Schweine	t	33	28	27	36	24	24	46	25	24
Schweine	t	9 453	9 045	9 253	8 729	9 180	8 424	9 856	8 932	9 356
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 957	62 394	61 128	64 423	69 421	56 513	62 835	64 960	70 537
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1000	15 626	15 581	17 012	15 732	15 749	13 803	15 146	14 464	14 347
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 324	2 276	2 268	2 268	2 270	2 259	2 258	2 255	2 267
Beschäftigte	1000	312	312	309	310	310	309	309	306	307
Arbeiter ¹⁰⁾	1000	201	200	199	199	199	198	198	196	196
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 567	26 611	27 932	27 144	26 265 ^f	25 486	28 575	26 546	25 320
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 680	1 711	1 569	1 598	1 640	1 537	1 606	1 636	1 661
Löhne	Mill. DM	901	913	842	859	887	813	861	884	880
Gehälter	Mill. DM	779	798	727	739	753	724	745	753	782
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 287	9 480	10 299	9 870	9 334 ^f	8 843	10 483	9 500	9 220
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 883	3 876	4 360	4 130	3 812 ^f	3 625	4 331	3 991	3 815
Exportquote ¹¹⁾	%	41,8	40,9	42,3	41,8	40,8 ^f	41,0	41,3	42,0	41,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	6 673	4 311	4 993	-	-	-	3 487	-	-
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	8 680	9 686	10 017	-	-	-	10 556	-	-
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	71	65	75	-	-	-	78	-	-
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	37	33	41	-	-	-	41	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	34	32	34	-	-	-	37	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 153	1 146	1 210	1 138	1 153	1 083	1 182	1 127	1 136
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	165	187	163	166	168	168	153	185
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	410	564	661	582	416	683	719
Eigenverbrauch	Mill. kWh	24	24	25	21	20	26	28
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	386	540	636	561	396	657	692
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	73	81	100	126	80	98	104
Wind- und Solarenergie	Mill. kWh	0,12	0,18	0,20	0,19	0,11	0,30	0,28
Wärmekraft	Mill. kWh	313	459	535	435	316	559	588
Steinkohle	Mill. kWh	80	82	60	78	90	82	91
Erdgas	Mill. kWh	217	366	465	347	215	466	481
Heizöl	Mill. kWh	5,88	0,61	0,05	0,05	0,06	0,46	0,15
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	10	10	11	11	11	11	16
Stromeinspeisung	Mill. kWh	12	24	24	23	21	31	32
darunter von Betreibern regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	7	17	15	16	15	22	23
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 169	3 222	3 514	3 108	3 035	3 093	3 051
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 483	1 648	1 877	1 622	1 482	1 586	1 473
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	2 085	2 137	2 298	2 070	1 970	2 196	2 302
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,35	0,49	0,06	0,06	0,27	1,73	0,17
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 412	5 625	6 882	5 523	4 192	7 605	7 100
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 369	5 617	6 836	5 519	4 189	7 722	7 087
Handwerk⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1994=100	89	88	88	-	-	-	...	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994=100	96	99	90	-	-	-	...	-	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁶⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 644	48 170	48 478	48 906	48 622	45 948	47 007	47 147	47 439
Facharbeiter	Anzahl	25 556	24 837	25 026	25 306	25 143	23 403	24 204	24 458	24 825
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 474	8 962	8 837	9 020	9 023	8 291	8 576	8 617	8 511
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 754	4 887	5 361	5 391	5 172	3 137	4 954	5 074	4 922
Hochbau insgesamt	1 000	3 038	3 163	3 489	3 489	3 325	2 173	3 179	3 195	3 082
Wohnungsbau	1 000	1 967	2 188	2 435	2 414	2 320	1 438	2 069	2 154	2 055
gewerblicher Hochbau	1 000	798	741	794	811	758	579	884	797	772
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	730	701	754	791	704	564	861	768	739
Bahn und Post	1 000	44	27	28	11	41	14	8	14	15
landwirtschaftlicher Bau	1 000	24	14	12	9	13	1	15	15	18
öffentlicher Hochbau	1 000	274	234	260	264	247	156	226	244	255
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	66	49	48	46	41	38	55	45	65
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	208	185	212	218	206	118	171	199	190
Tiefbau insgesamt	1 000	1 716	1 725	1 872	1 902	1 847	964	1 775	1 879	1 840
gewerblicher Tiefbau	1 000	448	467	527	543	470	320	501	490	446
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	361	372	409	416	396	249	407	335	325
Bahn und Post	1 000	88	95	118	127	74	71	94	155	121
öffentlicher Tiefbau	1 000	565	589	671	653	671	305	587	608	600
Straßenbau	1 000	703	669	674	706	706	339	687	781	794
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	196	187	204	195	155	183	209	197
Löhne	Mill. DM	154	151	143	161	150	111	138	162	151
Gehälter	Mill. DM	46	46	43	43	45	44	45	48	46
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	708	731	674	660	414	618	669	739

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). - 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. - 4) Einschließlich Messdifferenzen. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 009	1 048	1 323	1 146	1 245	987	1 439	1 301	1 157
mit 1 Wohnung	Anzahl	704	762	952	823	879	769	1 072	1 002	857
mit 2 Wohnungen	Anzahl	195	197	243	203	257	147	258	221	210
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	110	89	128	120	109	71	109	78	90
Umbauter Raum	1000 m ³	1 117	1 135	1 548	1 247	1 389	1 090	1 520	1 394	1 237
Wohnfläche	1000 m ²	197	199	254	221	244	188	269	244	215
Wohnräume	Anzahl	9 044	8 835	11 497	9 578	10 779	8 234	12 438	10 543	9 413
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	482	487	628	534	601	474	658	591	538
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	1	2	4	4	7	3	6
Unternehmen	Anzahl	146	159	153	129	145	297	224	226	141
Private Haushalte	Anzahl	860	885	1 169	1 015	1 096	686	1 208	1 072	1 010
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	184	200	176	196	192	130	275	228	213
Umbauter Raum	1000 m ³	881	919	786	747	780	682	1 172	1 235	734
Nutzfläche	1000 m ²	143	157	138	130	133	114	189	195	130
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	192	190	174	150	185	130	280	240	183
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	20	14	19	24	13	28	17	20
Unternehmen	Anzahl	155	170	155	162	161	111	237	196	183
Private Haushalte	Anzahl	11	9	7	15	7	6	10	15	10
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 128	1 964	2 486	2 121	2 309	1 777	2 550	2 196	2 012
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 490	3 474	3 437	3 632	3 732	3 241	4 153	3 560	...
EU-Länder	Mill. DM	1 954	1 923	1 931	2 115	2 014	1 920	2 397	2 074	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	232	225	211	272	249	226	291	241	...
Dänemark	Mill. DM	59	55	47	61	56	55	68	65	...
Finnland	Mill. DM	28	28	49	31	29	25	31	26	...
Frankreich	Mill. DM	464	468	474	459	536	466	660	515	...
Griechenland	Mill. DM	27	26	29	25	32	24	30	32	...
Großbritannien	Mill. DM	294	282	289	308	275	281	324	266	...
Irland	Mill. DM	13	15	14	23	15	15	28	18	...
Italien	Mill. DM	246	240	255	281	254	267	325	290	...
Niederlande	Mill. DM	220	207	186	256	205	187	202	190	...
Österreich	Mill. DM	144	145	144	148	147	129	154	147	...
Schweden	Mill. DM	57	52	56	58	47	56	62	64	...
Spanien	Mill. DM	143	151	147	165	144	157	190	188	...
Portugal	Mill. DM	25	27	30	27	26	32	32	31	...
USA und Kanada	Mill. DM	253	277	255	295	282	297	339	310	...
Japan	Mill. DM	83	72	63	68	71	84	65	64	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	529	482	479	466	473	358	527	437	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	301	361	336	351	502	306	420	358	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 376	2 511	2 480	2 689	2 507	2 362	2 690	2 420	...
EU-Länder	Mill. DM	1 516	1 552	1 563	1 741	1 617	1 491	1 718	1 469	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	253	303	366	329	367	288	315	324	...
Dänemark	Mill. DM	47	45	38	45	41	19	42	51	...
Finnland	Mill. DM	10	11	11	16	11	10	11	16	...
Frankreich	Mill. DM	374	367	438	481	320	416	417	339	...
Griechenland	Mill. DM	2	2	4	4	3	7	1	2	...
Großbritannien	Mill. DM	113	120	135	126	104	97	121	128	...
Irland	Mill. DM	20	20	20	20	20	12	15	7	...
Italien	Mill. DM	174	174	200	180	158	185	205	173	...
Niederlande	Mill. DM	253	255	273	265	309	222	248	171	...
Österreich	Mill. DM	81	86	91	104	84	105	91	88	...
Schweden	Mill. DM	49	44	19	24	83	15	58	36	...
Spanien	Mill. DM	115	100	101	115	95	88	166	101	...
Portugal	Mill. DM	25	24	41	30	23	27	27	31	...
USA und Kanada	Mill. DM	160	199	208	216	180	176	205	212	...
Japan	Mill. DM	83	86	75	98	85	74	89	84	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	187	209	184	156	154	161	162	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	196	224	263	228	239	220	259	252	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,4	95,2	94,8	94,9	94,7	93,9	94,1	91,0	92,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	104,1	105,9	104,2	104,9	104,5	105,3	106,6	100,2	101,3
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,5	98,6	107,3	99,8	99,3	83,3	109,2	96,1	97,1
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	97,7	99,0	99,1	99,3	99,1	98,7	99,1	95,8	...
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	103,9	104,4	115,7	104,6	103,0	87,6	119,7	103,8	...
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	93,5	93,1	97,0	98,3	91,6	92,4	91,3	91,2
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	97,5	101,3	100,2	105,2	106,4	102,0	99,9	93,8	93,5
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,1	97,7	89,7	95,8	112,6	77,4	88,1	95,5	112,1
Tourismus in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	507	536	365	456	752	304	400	536	674
Ausländer	1000	101	107	60	93	140	67	67	101	130
Übernachtungen	1000	1 626	1 671	1 038	1 458	2 075	942	1 161	1 526	2 005
Ausländer	1000	308	314	149	260	358	210	168	252	383
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 364	1 343	1 424	1 399	1 347	1 000	1 508	1 231	...
Güterversand	1000 t	803	703	828	762	673	490	726	695	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 873	16 350	24 109	17 163	18 029	13 353	24 521	23 188	21 936
Krafträder	Anzahl	1 512	1 339	2 819	2 656	2 282	646	3 296	2 496	1 939
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 235	13 728	19 731	13 140	14 371	11 701	19 404	19 152	18 557
Lastkraftwagen	Anzahl	799	903	959	858	880	702	1 081	1 017	948
Zugmaschinen	Anzahl	192	232	383	280	298	196	452	296	289
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	9 495	9 602	8 801	9 220	9 319	9 232	9 655	9 655	10 234 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 488	1 493	1 314	1 442	1 771	1 132	1 423	1 471	1 799 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	8 007	8 110	7 487	7 778	7 548	8 100	8 232	8 184	8 425 ^P
Getötete	Anzahl	2 025	2 016	1 812	1 966	2 355	1 602	1 926	1 928	2 344 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	32	32	28	30	44	21	16	22	29 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	19	19	13	21	19	15	11	12	17 ^P
Radfahrer	Anzahl	6	6	8	3	14	1	1	5	3 ^P
Fußgänger	Anzahl	2	2	5	1	4	1	2	1	4 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	4	4	2	4	4	3	1	2	4 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	490	467	442	406	573	346	414	436	545 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	266	258	306	255	244	242	252	211	...
Radfahrer	Anzahl	97	96	63	68	188	30	78	114	...
Fußgänger	Anzahl	56	47	30	34	72	19	36	47	...
Fußgänger	Anzahl	50	47	34	38	47	42	37	44	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	104	117	124	103	81	53	122	85	93
Angemeldete Forderungen	1000 DM	75 825	101 682	99 900	87 358	77 910	41 636	142 275	77 710	...
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	155 992	171 495	159 291
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	151 431	164 256	153 976
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	25 244	26 661	24 913
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	23 874	25 714	23 830
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 370	947	1 083
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 556	11 481	11 935
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 977	10 156	10 249
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 579	1 325	1 686
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	114 631	126 114	117 128
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	99 743	110 800	101 298
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	14 888	15 314	15 830
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	126 194	134 028	126 302
Sichteinlagen	Mill. DM	25 273	29 385	24 472
Termineinlagen	Mill. DM	40 417	41 561	40 935
Spareinlagen	Mill. DM	60 504	63 082	60 895
Steuern ²⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 344	3 642	3 325	2 796	3 580	3 963	3 367	3 211	4 170
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 359	1 439	1 471	630	1 394	1 714	1 372	852	1 834
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 133	822	804	1 324	1 498	830	879	1 474
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	179	188	-	-	495	676	-	-	541
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	20	23	157	- 243	- 196	- 109	83	- 115	- 123
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	57	117	33	37	19	35	9	31	362
Zinsabschlag	Mill. DM	41	46	13	17	94	91	9	18	79
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	59	22	-	-	84	74	-	-	66
Körperschaftsteuer	Mill. DM	153	120	447	15	153	199	441	40	43
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	12	8	-	-	43	121	-	-	29
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 986	2 203	1 854	2 166	2 186	2 249	1 996	2 359	2 337
Umsatzsteuer	Mill. DM	684	707	407	608	823	877	556	673	822
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 496	1 447	1 558	1 363	1 372	1 440	1 686	1 514
Zölle	Mill. DM	218	200	197	210	189	174	173	196	168
Bundessteuern	Mill. DM	250	230	307	148	196	98	284	186	220
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	153	152	218	108	141	26	186	118	145
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	66	78	30	46	42	88	57	64
Landessteuern	Mill. DM	111	128	157	133	129	155	145	134	195
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	4	2	4	4	6	3	6
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	65	68	86	84	78	58	71	72	65
Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	6	8	6	6	7	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	782	787	699	.	.	.	737	.	.
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	8	.	.	.	10	.	.
Grundsteuer B	Mill. DM	154	161	150	.	.	.	152	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	536	532	479	.	.	.	505	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	63	66	45	.	.	.	55	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 899	1 974	1 930	1 587	1 800 ^f	2 005	1 933	1 799	2 236
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	630	661	272	607 ^f	747	617	368	811
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 046	1 103	963	1 143	997 ^f	1 158	1 032	1 220	1 205
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 067	1 113	1 014	776	1 127	1 239	922	883	1 355
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	537	565	611	216	554	661	530	277	725
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391	387	246	344	443	417	246	387	433
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 134	1 180	840	.	.	.	984	.	.
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	432	406	388	.	.	.	431	.	.
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	457	471	231	.	.	.	290	.	.
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	48	-	.	.	.	30	.	.
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	103,2	104,1	103,8	103,9	104,2	104,1	104,3	104,6	104,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	103,0	103,5	104,1	102,9	102,8	103,1	103,1
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 387	4 483	.	4 466
Arbeiter	DM	4 545	4 637	.	4 623
Arbeiterinnen	DM	3 210	3 320	.	3 280
Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,90	.	26,80
Arbeiter	DM	27,21	27,72	.	27,61
Facharbeiter	DM	29,01	29,67	.	29,51
Angelernte Arbeiter	DM	25,99	26,43	.	26,32
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,99	.	22,96
Arbeiterinnen	DM	20,06	20,52	.	20,45
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,34	19,73	.	19,69
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	.	38,3
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	.	38,5
Arbeiterinnen	Std.	36,8	37,2	.	36,9
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 221	6 356	.	6 302
Kaufmännische Angestellte	DM	5 669	5 794	.	5 777
Männer	DM	6 601	6 701	.	6 696
Frauen	DM	4 624	4 753	.	4 714
Technische Angestellte	DM	6 645	6 789	.	6 710
Männer	DM	6 787	6 930	.	6 847
Frauen	DM	5 186	5 371	.	5 317
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 511	4 585	.	4 549
Kaufmännische Angestellte	DM	4 491	4 561	.	4 526
Männer	DM	5 147	5 210	.	5 174
Frauen	DM	3 874	3 933	.	3 899

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	82 051	...	82 032	82 016	82 014
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 231	34 715 ^P	15 754 ^P	22 250 ^P	30 152 ^P	12 361 ^P	15 621 ^P	23 224 ^P	27 910 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	67 681	65 188 ^P	61 243 ^P	66 323 ^P	64 522 ^P	60 907 ^P	59 165 ^P	65 880 ^P	61 466 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 699	70 910 ^P	71 939 ^P	80 269 ^P	72 137 ^P	76 486 ^P	77 343 ^P	86 475 ^P	67 214 ^P
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-4 018	-5 722 ^P	-10 696 ^P	-13 946 ^P	-7 615 ^P	-15 579 ^P	-18 178 ^P	-20 595 ^P	-5 748 ^P
Arbeitslose	1000	4 384	4 279	4 819	4 623	4 421	4 455	4 465	4 288	4 145
Männer	1000	2 342	2 273	2 662	2 522	2 370	2 441	2 466	2 327	2 206
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,4	11,1	12,6	12,1	11,4	11,5	11,6	11,1	10,7
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,7	12,3	14,0	13,4	12,7	12,8	12,8	12,3	11,9
Offene Stellen	1000	337	422	394	446	469	395	451	496	508
Kurzarbeiter	1000	183	118	172	170	143	145	161	167	136
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁶⁾										
Beschäftigte	1000	6 416	6 405	6 346	6 368	6 371 ^f	6 376	6 365	6 368	6 335
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	533	537	524	572	543 ^f	505	509	575	534
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	183 374	189 235	174 534	204 851	187 462 ^f	163 034	172 410	211 260	187 322
Auslandsumsatz	Mill. DM	58 117	62 764	58 947	67 943	62 274 ^f	53 931	59 236	72 814	63 406
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	104,1	109,3	102,4	118,6	109,0	95,5	100,7	118,0	...
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	104,9	109,5	104,0	118,2	110,8	98,7	100,7	118,1	...
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	105,2	113,9	102,6	125,0	110,9	90,0	99,9	119,1	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,7	108,9	108,2	123,3	109,6	94,9	108,6	127,1	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,0	94,2	105,3	100,5	96,2	97,0	111,2	...
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 564	41 060	41 399	44 547	40 446
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 143	31 418	32 191	34 736	32 803
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte	1000	1 221	1 156	1 078	1 150	1 167	1 062	1 034	1 062	1 088
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	116	83	118	123	81	72	114	118
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	17 530	16 741	10 896	16 912	14 980	10 214	10 248	13 837	15 523
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 433	19 364	13 704	19 706	19 982	14 848	14 675	19 646	19 883
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 223	17 594	12 307	17 976	18 163	13 439	13 453	18 101	18 421
Wohnfläche	1000 m ²	3 639	3 521	2 601	3 552	3 652	2 762	2 615	3 456	3 474
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 355	3 622	2 610	3 432	3 593	2 580	2 873	3 525	3 509
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	44 110	39 809	30 479	38 588	40 798	31 749	28 652	37 567	37 331
Handel und Gastgewerbe⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,1	102,6	89,1	110,3	101,7	91,4	89,1	114,9	102,3
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,2	102,6	94,7	113,8	105,2	85,7	88,6	115,4	99,5
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,9	95,1	82,1	90,0	92,2	80,8	78,6	88,1	91,2

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	74 051	79 178	77 262	83 688	83 939	69 045	75 443	84 109	80 770
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	41 129	44 623	44 927	45 407	49 085	41 378	44 784	46 492	46 658
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 306	4 492	4 661	4 516	5 087	3 909	4 507	4 766	4 443
Frankreich	Mill. DM	7 868	8 815	8 755	8 986	9 705	8 693	9 548	8 996	9 459
Großbritannien	Mill. DM	6 247	6 821	6 914	6 826	7 525	5 978	6 613	7 342	6 835
Italien	Mill. DM	5 421	5 863	6 254	6 229	6 711	5 457	5 966	6 248	6 103
Niederlande	Mill. DM	5 255	5 422	5 541	5 572	6 037	4 737	5 230	5 276	5 432
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	64 346	67 836	65 318	70 936	72 286	60 342	64 203	72 533	69 395
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	35 369	36 729	36 333	37 434	40 560	32 679	34 384	38 204	36 858
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 952	3 827	3 670	3 522	4 168	2 771	3 206	3 696	3 876
Frankreich	Mill. DM	6 758	7 513	6 854	8 394	8 110	6 997	6 687	8 107	7 778
Großbritannien	Mill. DM	4 528	4 686	4 891	5 001	4 960	3 644	4 042	4 402	4 304
Italien	Mill. DM	5 090	5 276	5 001	5 151	5 796	4 722	4 912	5 435	4 940
Niederlande	Mill. DM	5 628	5 464	5 800	5 083	6 522	5 084	4 949	5 372	5 580
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 960	4 675	5 012	5 062	5 105
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 760	3 536	3 786	3 824	3 857
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 200	1 139	1 226	1 238	1 247
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	3 020	2 930	2 999	2 992	2 996
Spareinlagen	Mrd. DM	1 182	1 143	1 189	1 186	1 181
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 952	50 061	38 440	51 882	39 345	51 873	41 083	52 478	42 689
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 150	28 353	15 681	34 740	18 353	29 317	16 606	33 746	20 433
Lohnsteuer	Mill. DM	20 723	21 523	17 883	18 232	18 457	22 325	17 637	18 401	19 366
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	480	926	- 3 305	4 420	- 3 834	- 371	- 2 688	2 740	- 1 685
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 075	20 851	22 501	17 142	19 269	22 543	24 337	18 733	20 464
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 661	16 974	18 868	13 320	15 371	19 131	21 124	14 563	16 231
Zölle	Mill. DM	575	540	550	549	572	1 095	401	550	537
Bundessteuern	Mill. DM	11 272	10 876	9 088	10 875	8 876	3 563	8 806	11 832	9 666
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 177	1 163	4 587	1 045	775	774	4 511	1 060	799
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 935	7 996	3 463	7 754	7 069	1 061	3 213	8 476	7 578
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1991 = 100	107,5	103,6	106,9	106,6	105,9	101,0	101,0	101,8	102,5
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1991 = 100	92,5	87,1	93,3	92,7	90,9	83,5	84,2	84,7	83,8 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1995 = 100	99,9	99,5	100,1	100,0	100,0	97,8	97,7	97,7	98,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,0	98,7	98,3	-	-	-	98,4	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1995 = 100	99,1	98,7	98,3	-	-	-	98,3	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	96,6	95,7	95,6	-	-	-	95,3	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,3	104,3	104,1	104,0	104,1	104,1	104,3	104,4	104,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	103,4	103,1	103,6	103,0	103,0	102,9	103,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	102,7	104,7	102,8	102,9	103,0	105,5	105,5	105,5	105,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,1	101,5	101,2	101,3	101,5	101,7	101,6	101,8	101,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	105,1	106,0	105,8	105,7	106,0	106,1	106,1	106,4	107,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,1	101,8	101,3	101,4	101,7	102,0	102,0	102,0	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	108,7	114,4	114,1	114,1	114,6	110,6	110,4	110,4	110,5
Verkehr	1995 = 100	104,3	104,7	104,1	104,0	104,7	104,4	104,6	104,9	107,0
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,9	97,3	98,3	97,1	97,5	89,5	89,0	90,0	88,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	102,5	103,1	104,1	103,7	101,1	102,8	104,4	104,1	101,7
Bildungswesen	1995 = 100	107,8	112,9	111,9	112,0	111,9	116,4	117,2	117,3	117,2
Beherbungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	102,1	103,6	102,5	102,1	103,2	103,2	103,9	103,7	104,3
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,3	102,8	102,3	102,4	102,6	103,6	104,0	104,0	104,3

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Baureifes Land deutlich teurer

Im Jahr 1998 wechselten in Rheinland-Pfalz fast 12 200 unbebaute Grundstücke den Eigentümer. Für eine Fläche von 16,3 Mill. m² wurden dabei 1,4 Mrd. DM bezahlt. Das ergibt für einen Quadratmeter einen durchschnittlichen Kaufwert von rund 86 DM. Fast drei Viertel der Kauffälle betrafen baureifes Land und etwa ein Sechstel Rohbauland. Die restlichen Verkäufe entfielen auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und auf Freiflächen.

Für einen Quadratmeter baureifes Land wurden durchschnittlich 145 DM bezahlt. Das ist ein Siebtel mehr als im Jahr 1997. In den einzelnen Regierungsbezirken reichen die durchschnittlichen Kaufwerte pro Quadratmeter von 75 DM für den Regierungsbezirk Trier

über 102 DM für Koblenz bis 236 DM für Rheinhesen-Pfalz. Mit durchschnittlich 806 DM je Quadratmeter war baureifes Land in Mainz am teuersten, es folgte Ludwigshafen mit 470 DM. Dagegen wurden in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun (je 37 DM) sowie Birkenfeld (38 DM) die niedrigsten Werte ermittelt.

In den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern wurde die Hälfte aller baureifen Grundstücke veräußert, wobei sich ein durchschnittlicher Kaufwert je Quadratmeter von 74 DM errechnet. Ein Fünftel der Kauffälle von baureifem Land betraf Gemeinden mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern bei einem Mittelwert von 167 DM. In den rheinland-pfälzischen Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern, wo allerdings nur 3,4 % der Verkäufe von baureifem Land stattfanden, ergab sich ein Quadratmeterwert von 540 DM. br

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

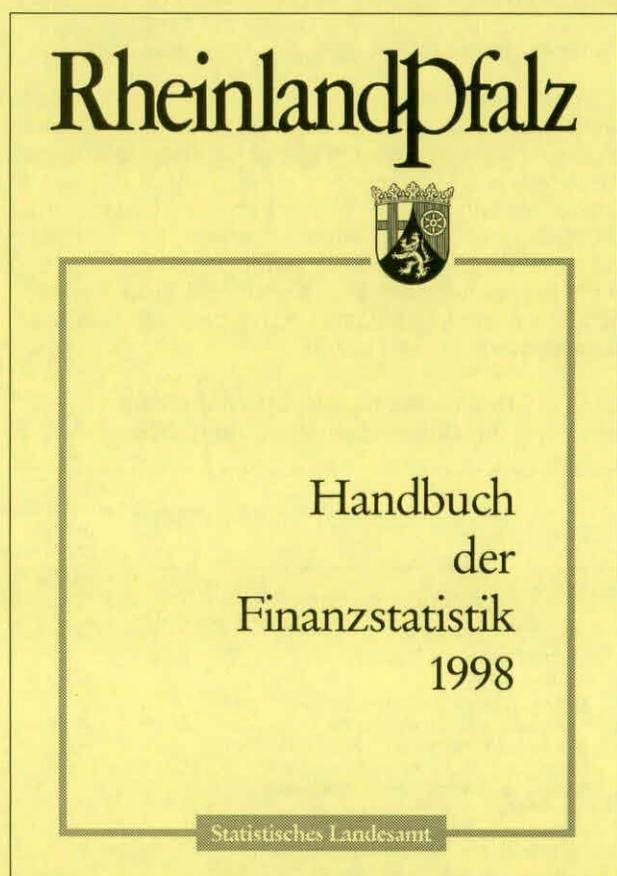
Steuerart	Januar - Juni		Veränderung
	1998	1999	
	Mill. DM		%
Landessteuern	810,6	898,6	10,9
Vermögensteuer	22,1	30,1	35,8
Erbschaftsteuer	65,5	187,3	186,1
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	92,0	106,3	15,6
Kraftfahrzeugsteuer	472,4	406,8	- 13,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	100,8	115,1	14,2
Feuerschutzsteuer	14,8	11,0	- 26,1
Biersteuer	43,0	42,1	- 2,1
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	3 258,9	3 782,9	16,1
Lohnsteuer	2 462,5	2 463,8	0,1
Veranlagte Einkommensteuer	- 159,1	- 15,6	X
Kapitalertragsteuer	562,6	358,7	- 36,2
Zinsabschlag	149,4	152,0	1,8
Körperschaftsteuer	243,6	824,0	238,3
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 261,6	2 310,9	2,2
Umsatzsteuer	1 760,6	1 795,9	2,0
Einfuhrumsatzsteuer	501,0	515,0	2,8
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	36,6	27,3	- 25,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	20,0	13,0	- 34,8
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	55,9	41,7	- 25,3
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	8,8	10,1	15,1
Insgesamt	6 452,4	7 084,6	9,8

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Juni 1999

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Juni 1998 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	104,8	0,4
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,6	- 1,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	105,7	0,1
Bekleidung, Schuhe	102,1	0,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	107,0	1,3
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,4	0,3
Gesundheitspflege	110,0	- 3,0
Verkehr	107,4	2,5
Nachrichtenübermittlung	87,5	- 10,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	102,3	- 0,1
Bildungswesen	116,6	5,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	105,2	1,3
Andere Waren und Dienstleistungen	104,3	1,8
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	104,8	0,5
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	104,6	0,6
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	105,5	0,1
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	104,9	0,4

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zwei bewährte Jahresveröffentlichungen wieder aktualisiert verfügbar!



Das bewährte Nachschlagewerk stellt umfassend und detailliert neue Zahlen über die Finanzen des Landes und der kommunalen Körperschaften bereit. Einnahmen aus Steuern und Gebühren, Ausgaben für Bildung und Soziales, Schuldenstand und Realsteuerhebesätze sind nur einige Beispiele für die Fülle wichtiger Informationen, die hier zu finden ist. Besonderen Wert für Analysen haben die Regionaltabellen, in denen Angaben auch für einzelne Gebietskörperschaften nachgewiesen werden. Neben der Gesamtschau des öffentlichen Sektors als Teil der Volkswirtschaft ist die einzelwirtschaftliche Betrachtung im Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen eine wesentliche Auswertungsmöglichkeit, die das tief gegliederte Zahlenmaterial eröffnet.

Dem mehr als 600 Seiten umfassenden Tabellenteil sind ausführliche methodische Abhandlungen vorangestellt, die sowohl die materiellen Grundlagen der erhobenen Tatbestände als auch das statistische Verfahren erläutern. Inhalt und Aussagefähigkeit der vorgelegten Ergebnisse werden damit klar umschrieben.

Das kartoniert gebundene Werk kostet 48,00 DM zuzüglich Versandkosten.



Mit ihren Angaben über die Umsätze in allen Bereichen der Volkswirtschaft liefert die Umsatzsteuerstatistik Informationen, die in dieser Vollständigkeit in keiner anderen Bundesstatistik enthalten sind.

Hervorzuheben ist die Umsatzentwicklung in den gesamtwirtschaftlich immer wichtiger werdenden Dienstleistungszweigen.

Das Tabellenwerk mit vorangestellten Erläuterungen enthält Daten über Umsatzsteuerpflichtige, deren steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuervorauszahlung nach Umsatzgrößenklassen, Rechtsformen und der Besteuerung des Umsatzes in wirtschaftssystematischer Gliederung. Ausgewählte Daten sind in regionaler Untergliederung dargestellt.

Der Band 371 aus der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ umfasst 82 Seiten und wird zu einem Preis von 11,20 DM zuzüglich Versandkosten angeboten.

Beide Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden: Telefon (0 26 03) 71-2 45 (Vertrieb) oder 71-0 (Zentrale), Telefax (0 26 03) 71-3 15.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.